

Pösemmer Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 18. März. Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Appellationsgerichtsrath von Schleibrügge zu Breslau den Charakter als Geheimer Justizrath zu verleihen; und die Kreisrichter Zoepfer und Borchardt zu Walzburg, Hüner zu Polnisch-Wartenberg, Felsmann zu Griesheim, Schobstaeck zu Namslau, Hüner und Reimann zu Bries, Meisland in Worbis und Bader in Heiligenstadt zu Kreis- und Gerichten zu ernennen; ferner die bisherigen Beigeordneten, Fabrikant Wilhelm Osteroth, Bankier Adolph Fischer, Fabrikant Karl Barthels und Stadtoberordnetenversammlung getroffenen Wiederwahlen gemäß, beziehungsweise als ersten, zweiten, dritten und vierten Beigeordneten der Stadt Barmen für eine fernere sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Sr. K. H. der Prinz von Preußen haben am 13. d. M. dem Kaiserl. russischen Wirklichen Geheimen Rathe und bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen K. Hofe, Baron von Brunnow, eine Privataudienz zu erteilen und aus dessen Händen ein Schreiben seines Souveräns entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe von diesem Posten abberufen worden ist.

Angekommen: Sr. Durchlaucht der Erbprinz zu Salm-Horstmar, von Koesfeld; der Kaiserlich russische Geheime Rath und designierte Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr von Bubberg, von Wien.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 117. K. Klassenlotterie fielen 2 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 67,113 und 88,322. 4 Gewinne zu 600 Thlr. auf Nr. 37,750, 49,793, 54,072 und 67,868. 3 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 1494, 2927 und 33,645; und 9 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 8108, 30,627, 39,032, 50,886, 83,164, 90,465, 91,062, 91,223 und 92,195.

Berlin, den 17. März 1858.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 17. März. [Vom Hofe; Baron v. Brunnow.] Sr. K. H. der Prinz von Preußen nahm heute den Vortrag des Wirklichen Geh. Raths Maitre entgegen, empfing dann den Staatsminister Oberpräsidenten Grottel, den Obercerimonienmeister Baron v. Stülfried und den Wirkl. Geh. Oberfinanzrath v. Ostfeld und arbeitete später mit dem Ministerpräsidenten. — Baron v. Brunnow hat heute früh Berlin verlassen und ist über Hannover zunächst nach Weßel gereist, wo er sich kurze Zeit aufzuhalten gedenkt, bevor er auf seinen Posten nach London abgeht.

Breslau, 16. März. [Gottfried Rees v. Gienbeck.] Heute früh um 6 Uhr ist nach längerem Krankenlager in Gottfried Rees v. Gienbeck (i. gestr. Ztg.), von den Seinigen zärtlich geliebt und gepflegt, ein Mann aus unserer Mitte geschieden, welcher seit einer langen Reihe von Jahren eine der hervorragendsten Stellungen in dem Reiche der Wissenschaften eingenommen und sich durch seine Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten auch in außerwissenschaftlichen Kreisen weit und breit bekannt gemacht hat. Am 14. Februar 1776 auf dem Reichenberge bei Erbach geboren, besuchte er, nachdem er die vorbereitenden Studien auf dem Pädagogium zu Darmstadt beendet hatte, von 1796—99 die Universität Jena, wo er sich als Student der Medizin unter der Leitung v. Hall und Anderen mächtig zu den Naturwissenschaften hingezogen fühlte und zugleich durch die Bekanntschaft mit Fichte und Schelling diejenige spekulative Richtung erhielt, welcher er sein ganzes langes Leben mit Vorliebe treu geblieben ist. Nach einer kurzen Zeit ärztlicher Praxis widmete sich Rees v. Gienbeck von 1802—1817 auf seinem Landgüthchen Siedershausen bei Ritzingen ausschließlich der Beschäftigung der Ornithologie, Entomologie und Botanik, wurde 1817 zum Professor der Botanik in Erlangen berufen und in demselben Jahre zum Präsidenten der k. k. Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der Naturforscher erwählt. Bereits 1818 erhielt Rees v. Gienbeck einen Ruf an die Universität Bonn, wo er sich nebst seinem Bruder Friedrich namentlich große Verdienste um die Einrichtung des botanischen Gartens erwarb. Im Jahre 1830 als Professor der Botanik nach Breslau versetzt, gelang es ihm auch hier, unter der Mitwirkung des leider zu früh verstorbenen Dr. Konrad Schauer und seines Sohnes, des gegenwärtigen Inspektors Rees v. Gienbeck, den botanischen Garten nicht allein seiner wissenschaftlichen Bestimmung gemäß einzurichten, sondern auch zugleich zu einer der sehenswertheften Anlagen umzugestalten, deren sich Breslau gegenwärtig erfreut. Rees v. Gienbeck, welcher mit den bedeutendsten Notabilitäten dieses Jahrhunderts in innigstem Verkehr stand und namentlich an dem Minister v. Altenstein einen eifrigen Gönner besaß, wurde für seine höchst bedeutenden und auf den Fortschritt der Naturforschung einflussreichen Verdienste um die Wissenschaften von fast allen gelehrten Gesellschaften Europa's zum Mitgliede ernannt, in Preußen mit dem Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, in Sachsen-Weimar mit dem Falkenorden, in Baden mit dem Orden des Zähringer Löwen decorirt und von Seiten der k. k. österreichischen Regierung fast bis zu seinem letzten Athemzuge mit ehrenvollen Wohlthun ausgezeichnet. In Folge seiner Theilnahme an den kirchlichen und politischen Bewegungen der vierziger Jahre zu wiederholten Untersuchungen gezogen, außerdem zuletzt auf Antrag des Kultusministeriums im Jahre 1852 aus dem Staatsdienste ohne Pension entlassen, gerieth der Verstorbene in so drückende Verhältnisse, daß er genöthigt war, nicht allein seine Bibliothek und sein Herbarium für eine äußerst geringe Summe zu verkaufen, sondern auch die Unterstützung seiner zahlreichen wissenschaftlichen Freunde, Gesinnungsgenossen und ehemaligen Schüler zur Bestreitung seines höchst einfachen Lebensunterhaltes anzunehmen. Deutschland hat wenig Männer aufzuweisen, welche sich bei einer so ausgebreiteten und anstrengenden wissenschaftlichen

und schriftstellerischen Thätigkeit (von welcher letzteren das im Jahre 1836 erschienene erste Heft des Schlesischen Schriftstellerlexikons von Nowak auf 10½ enggedruckten Oktavseiten in der bloßen Anführung seiner von ihm verfaßten Werke und Aufsätze einen Ueberblick giebt), bei seiner tiefen und umfassenden Gelehrsamkeit einen so frischen Lebensmuth, eine solche Harmlosigkeit des Charakters und eine solche feine gesellschaftliche Bildung und gewinnende Lebenswürdigkeit im Umgange bewahrt haben, als der greise Präsident Rees v. Gienbeck. (Schl. 3.)

Greifswald, 16. März. [Zur Unionsfrage.] Eine Vokationsurkunde des Konsistoriums für zwei Geistliche in den der Union beigetretenen Gemeinden akademischen Patronats. W. und D., hatte bei dem Rektor und Senat der Universität Greifswalde um deswillen Bedenken erregt, weil sie den Passus enthielt: „Die Vokation des 2c. zum Pastor bei der Gemeinde N. N. lutherischen Bekenntnisses.“ Auf desfalls erhobene Vorstellung restriktirte nun das Konsistorium, daß durch jene auf genereller Bestimmung des Oberkirchenraths mittelst Reskripts vom 7. Februar 1853 beruhende Bezeichnung das Verhältniß der Gemeinde und ihres Geistlichen zur Union nicht berührt werde. Rektor und Senat, damit noch nicht beruhigt, wendeten sich an den Oberkirchenrath und dieser erachtete nun zwar in den beiden fraglichen Fällen die Anerkennung, daß die betreffenden Gemeinden der Union angehören, für genügend, erklärte aber „das Verlangen, daß bei der Anstellung der Prediger auch die Union ihren stehenden Ausdruck finde, an sich als ein gerechtes“, und gab Rektor und Senat anheim, in der Zukunft die Vokationen demgemäß zu formuliren. Diese der Sache der Union höchst günstige Entscheidung der obersten Kirchenbehörde hat nicht verfehlt, den besten Eindruck zu machen. (B. 3.)

Anna, 16. März. [Ein seltener Gerichtsfall.] Darf ein Ehemann Briefe, die seine Frau an einen Dritten, mit welchem er ihr jeden Verkehr untersagt hat, schreibt, öffnen? Diese Frage kam am 1. d. bei unserm Gerichte zur Sprache. In einem Scheidungsprozeß hatte der klägerische Gatte einen Brief beigebracht, welchen die Beklagte an den geschrieben hatte, mit welchem sie unerlaubten Umgang gepflogen haben sollte, und welchen der Gerichtshof als das erheblichste Ueberführungsstück annahm. Weder der Sinn noch die Urheberschaft noch die Adresse konnte bestritten werden. Nachdem in der Sache selbst dem Antrage des Mannes gemäß entschieden und die Ehe geschieden worden war, wurde auf Betreiben der für schuldig erklärten Partei gegen den ehemaligen Ehemann eine Untersuchung eingeleitet, weil er den fraglichen Brief, der nicht an ihn gerichtet gewesen, erbrochen habe. So erschien der frühere Kläger jetzt als Verklager vor den Schranken. Er erklärte: 1) der Brief sei entliehen ihm durch einen Dritten behändig worden; 2) aber auch, wenn er in den Besitz des verschlossenen Briefes gekommen wäre, so würde er sich unter bewandten Umständen für berechtigt gehalten haben, ihn aufzumachen, denn unter Eheleuten gebe es kein Briefgeheimniß, und Niemanden gingen die Briefe einer Ehefrau mehr an, als gerade den Ehemann, besonders wenn die Frau eines verbrecherischen Treibens verdächtig sei. Der Gerichtshof erkannte aber nach einer längeren Berathung auf eine Geldbuße von 10 Thalern. Man ist sehr gespannt, wie das Obergericht, an welches die Sache in zweiter Instanz gehen wird, erkennt. Es war übrigens merkwürdig, welche Theilnahme der Fall erregt hatte. Seltener sah das Gericht eine so zahlreiche Zuhörerschaft, die selbst dann sich nicht entfernte, als Feuerlärm entstand. (R. 3.)

Oesterreich. Wien, 16. März. [Ein Hirtenbrief.] Der Bischof von Leitmeritz in Böhmen hat einen Hirtenbrief erlassen (s. Nr. 23), in welchem er vorzüglich sich an die Bevölkerung der nördlichen, den dürftigsten Klassen angehörigen Fabrikbezirke wendet. Er verlangt von den Fabrikinhabern, daß sie in ihren Fabrikalen Krugfahre und Heiligenbilder anbringen, während der Arbeit Missionen, fromme Vorträge und geistliche Exerzitien für die Arbeiter veranstalten, die Arbeitszeit zum Behufe häufigeren Gottesdienstes und kirchlicher Vereinigungen zu gemeinschaftlichem Gebete verkürzen und hauptsächlich die Arbeiter besser bezahlen sollen. Missionspredigten würden in dem Geklapper von Webe- und Klöppelstühlen und in dem Geräusch von Dampfmaschinen sicher in Gefahr sein, spurlos an den Gemüthern zu verhallen oder an der Würde ihres Gegenstandes bedenklichen Abbruch zu leiden; es muß aber hierbei noch erwogen werden, daß die Fabrikbevölkerung dort mitunter zu einem Driltheil, ja zur Hälfte aus Protestanten besteht. Nach gewöhnlichen Begriffen ist es nicht ganz ungefährlich und bedenklich, den Arbeiter ausdrücklich und zwar im Namen der Kirche und seiner religiösen Pflichten, daran zu erinnern, daß sein Brodherr ihn ausbeute, ihn nicht menschenwürdig bestehen lasse, ihm eine Stellung anweise, die einem Christen nach dem Kirchengesetze nicht ziemt. Die Versicherung und noch dazu eine Versicherung von solcher Stelle, daß er zu viel arbeite und zu schlecht bezahlt sei, findet bei dem Proletariat nur zu leicht einen Anklang, dessen Folgen nicht ermessen werden können. Nicht minder bedenklich ist es, wenn die Fabrikherren in demselben Hirtenbriefe, welcher veröffentlicht, also Jedermann zugänglich ist, mit dünnen Worten gemahnt werden, daß sie ihres Reichthums halber Gott verantwortlich seien, und daß ihr Eigenthum in den Augen der Kirche nur als ein ihnen von der Vorsehung anvertrautes Gut angesehen werde. Das sind Grundsätze, die hart an das Gebiet der sozialistischen Doktrinen streifen und die Kirche in eine beklagenswerthe Stellung zu den Lehren der revolutionären Propaganda bringen. Von da ab ist nur ein Schritt zu weiteren Anstrengungen, gegen welche sich jeder Konservative im Namen der Ordnung, der Gerechtigkeit und der rein menschlichen Kultur auf das Entschiedenste verwahren mußte. Ist einmal das Eigenthum als ein

Köhlerglaube, als der Popanz der Schwachköpfe erklärt, dann ist man nicht weit davon entfernt, auch das Erbrecht und die Legitimitätsprinzipien in Frage zu stellen. Die Zeiten sind schon dagewesen, in welchen von der römischen Kurie Kaiser und Könige ein- und abgesetzt wurden, und gerade die Geschichte Deutschlands weiß davon zu erzählen. Sie können sich denken, daß der Hirtenbrief viel Aufsehen gemacht und in staatlichen Kreisen großes Mißbehagen verursacht hat, gleichwohl giebt es nach Artikel 3. des Konkordates kein gesetzliches Mittel, dem Erlaß und der Verbreitung solcher Publikationen entgegenzutreten. Manche Träger der Kirchengewalt in Oesterreich aber wird man von dem Vorwurfe kaum losjählen können, daß sie anderen Artikeln des Konkordates mehr Einfluß auf ihre Handlungen einräumen, als dem Artikel 20., welcher sagt: sie hätten auf Gottes heiliges Evangelium Gehorsam und Treue dem Monarchen zu schwören und zu geloben, an keinem Verkehre oder Anschlag Theil zu nehmen, der die öffentliche Ruhe gefährdet. (So berichtet die „Sp. 3.“ Es mag wahr sein, daß man die hier gezogenen Konsequenzen aus dem betreffenden Hirtenbriefe herauslesen kann, aber sie nothwendig darin zu finden, scheint uns nach den obigen Angaben doch nicht unbedingt richtig. D. H.)

Bayern. München, 16. März. [Kirchliches.] In einer, wie es scheint, officiösen Mittheilung bemerkt die „N. Z.“ über die von dem Pfarrer Löhle an einer in seiner Pfarochie zeitweilig sich aufhaltenden Kranken aus dem Auslande auf deren Verlangen vorgenommenen Krankenlösung: „Die Vornahme dieser Handlung ist schon im J. 1856 geschehen, aber jetzt erst zur Kenntniß der vorgesetzten Behörde gelangt. Da ein solcher Akt in irgend welcher Form niemals und nirgends in der protestantischen Kirche gebräuchlich gewesen ist, die Entscheidung der Frage aber, ob derselbe statthaft sei oder nicht, in keinem Falle in das Belieben der einzelnen Geistlichen gestellt sein kann, so durfte man mit Grund erwarten, daß die vorgesetzte Kirchenbehörde nicht darüber wegschene, sondern, sobald sie von dem Vorgange Kenntniß erhielt, in angemessener Weise einschreiten würde. Dies ist nun auch, wie mit Sicherheit verlautet, bereits dahin geschehen, daß dem Pfarrer Löhle die eigenmächtige Vornahme einer solchen Handlung ernstlich verwiesen und inskünftige für alle Fälle und in jeder Form untersagt worden ist.“

Hannover, 16. März. [Aufhebung von Verbindungen.] Dem Vernehmen nach hat die Direktion der polytechnischen Schule die vier Verbindungen, nämlich der Friesen, Holsteiner, Romanen und Sachsen, welche seit längerer Zeit unter den Polytechnikern bestehen, sowohl für das gegenwärtige, als für das nächste Studienjahr aufgehoben. Es werden mehrere Ursachen genannt, welche diese Maßregel hervorgerufen haben. Namentlich wird behauptet, daß die meisten der nachstehenden Verbindungen und Excesse von denjenigen Polytechnikern, welche den Verbindungen angehören, oder mit ihnen zusammenhalten, und an den Abenden verübt werden, wo sie von ihren Kneipen kommen. Auch sollen die Mitglieder Uebergriffe über die ihnen zustehenden Rechte sich erlaubt und fortwährende Unregelmäßigkeiten in ihren Studien großentheils verursacht haben. (N. H. 3.)

Württemberg. Tübingen, 15. März. [Die katholisch-theologische Fakultät.] In der letzten Zeit fanden im Schooße des Senats der Universität wichtige Verhandlungen statt, welche durch das neueste Konkordat veranlaßt worden sind. Da nach den Bestimmungen des Konkordats die katholisch-theologische Fakultät der Landesuniversität im Lehramt unter Aufsicht des Bischofs steht, so sah der Senat hierdurch die Freiheit und Selbständigkeit der betr. Fakultät aufgehoben und hat nun, wie auch schon mehrere öffentliche Blätter berichten, dieselbe auf den Antrag des Referenten in dieser Angelegenheit, Prof. v. Mohl, von sich ausgeschloffen. Die Bestätigung dieses Beschlusses steht zwar noch aus; indeß ist er infolgedessen faktisch vollzogen, als die katholisch-theologische Fakultät, aus welcher nach dem herkömmlichen Turnus, der allerdings nur Uus, nicht Gesetz ist, dieses Jahr der Rektor gewählt worden wäre, übergangen und dafür aus der staatswissenschaftlichen Fakultät Prof. Schütz mit dem Rektorat betraut worden ist. Um der liberalen Mitglieder der katholisch-theologischen Fakultät willen soll man sich von vielen Seiten nur ungern zu solchen Schritten entschlossen haben. (R. 3.)

Frankfurt a. M., 16. März. [Die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen.] Die Verhandlungen des Deutschen Bundestags sind in der Regel früher, so wie die Protokolle in der Bundeskanzlei vertheilt wurden, veröffentlicht worden und es erfolgte darüber am 5. Februar 1824 der Bundesbeschluß, daß nicht allein die Frankfurter, sondern auch andere deutsche Zeitungen die Protokolle veröffentlichten dürften, allein auch nichts weiter, als was dieselben enthielten. Schon 1824 beschloß man am 1. Juli, es sollten von da an zwei Protokolle jeder Sitzung aufgenommen werden, das eine öffentlich und eins, das nur loco dictaturae zu drucken wäre. Das Resultat der Verhandlungen bekannt zu machen, sei unbedingte Nothwendigkeit, allein weiter auch nichts als dieses. Später schärfte man am 21. Juni 1838 die Bestimmung wieder ein, daß nur was im Bundestagsprotokolle steht, gedruckt werden dürfe. Allein dieses wurde nicht überall befolgt und sowohl Welcker als Rombs brachten manche Bundestagsgeheimnisse in die Welt, abgesehen von solchen Anordnungen, die in bundesrechtlichen Werken, z. B. in dem v. Mayer's zu erscheinen die Vergunft hätten. Im Jahre 1848 ging der Bundestag sehr bald zur Öffentlichkeit über, doch hörte er selbst nach einigen Monaten auf. Als er 1851 wieder eingesetzt wurde, brachte die Postzeitung gleich die Protokolle des unpolizähligen Bundestags; später wurde am 7. November 1851 beschlossen, ange-

messene Resumes zu geben, welche auch das wesentliche der Motive wiedergaben. Bald wurden diese Veröffentlichungen so einseitig gehalten, daß Preußen sich darüber beschweren mußte, und es unterblieben die Veröffentlichungen eine Zeit lang. Später wieder aufgenommen, veranlaßten sie schon 1856 neue Beschwerden, da sie gar zu wenig besagten. So ist die Sache bis jetzt geblieben. Es wird wohl jetzt aufs Neue versucht werden, bessere Mittheilungen über die Bundestagsverhandlungen zu veranlassen. (D. Z.)

— [Militärisches.] Gestern Mittag nahm der k. preussische Generalleutnant Frhr. v. Reizenstein, Oberbefehlshaber der hier garnisonirenden Bundesstruppen und erster Bevollmächtigter Preußens bei der hohen Bundesmilitärkommission, auf der Wachparade Abschied von den Offizierkorps der Bundesgarnison. Der neue Bevollmächtigte Preußens bei der Bundesmilitärkommission Generalmajor v. Dammhauer ist bereits hier eingetroffen; eben so der zum Stadtkommandanten ernannte k. preussische Oberleutnant v. d. Goltz. (F. P. Z.)

— [Kirchliches.] An die Stelle des kürzlich verstorbenen kath. Stadtpfarrers Beda Weber wurde, nach Mittheilung der „Frankfurter Postzeitung“, vom bischöflichen Ordinariat zu Limburg der geistliche Rath Schlenger hieselbst zum Pfarrverweser ernannt.

Holstein. Neumünster, 13. März. [Ersatzwahl.] Als am 8. Febr. hier eine Ersatzwahl von zwei unmittelbar zu wählenden holsteinischen Reichsrathsmitgliedern stattfinden sollte, erklärte sich die Wahlkommission gegen die Vornahme des Aktes, weil kein Allerhöchst eigenhändiger Auftrag, sondern nur ein Ministerialschreiben vorlag; die Wahl konnte deshalb damals nicht vor sich gehen. Nachdem sie nun aber durch einen neuen Erlaß auf den 11. anberaumt war, sind an diesem Tage als gewählt aus der Wahlurne hervorgegangen: der Hufner Götsch in Braasdorf und der Hufner Steen in Polm. Es waren diesmal bis auf ganz einzelne Ausnahmen nur Pinneberger Stimmen abgegeben, die bekanntlich von ihrem Landdrosten (v. Scheele) kommandirt werden. (N. P. Z.)

Rassau. Wiesbaden, 15. März. [Vom Hofe; Landtag.] Der Herzog und die Frau Herzogin sind mit dem Erbprinzen heute Mittag um 1 Uhr auf der Taunusbahn wieder hier eingetroffen. Die hohen Herrschaften erfreuen sich des besten Wohlseins. — Nach Abhaltung eines Staatsrats, der in den nächsten Tagen stattfinden wird, sollen die Stände alsbald, wahrscheinlich zum 25. d. Mts., eingezogen werden. (Z.)

Neuß. Schleiz, 15. März. [Einzug.] Am 10. d. hielt der Erbprinz nebst der Erbprinzeßin seinen feierlichen Einzug in unsere Stadt. Fast alle Gewerke der Stadt schlossen sich dem Festzuge, welcher das hohe Paar geleitete, an. (G. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 15. März. [Die Beziehungen zu Frankreich.] Der Observer bespricht die Pariser Flugschrift über den Kaiser Napoleon III. und England. „Wir können Verschwörungen nicht verhindern“, heißt es zum Schlusse des Artikels, „wir können Flüchtlings nicht überwachen, und wir werden nie die Rolle einer geheimen Polizei im Dienste feindlicher Regierungen spielen, noch die gesetzmäßige Redefreiheit schmälern. Allein laßt uns gerecht gegen uns selbst sein. Unsere eigene Selbstachtung gebietet, daß wir in dieser Sache das Recht vollkommen auf unserer Seite haben müssen, mag auch das Haus der Gemeinen anders entschieden haben. Auf Anlaß dieser Frage hat das Parlament eine populäre und starke Regierung vom Ruher verdrängt, die populärste und stärkste Regierung, welche England seit vielen Jahren gehabt. Der Kaiser Napoleon hat, wie sich nicht leugnen läßt, das, was er in dieser Angelegenheit für sich ausführen kann, mit Ruhe und Mäßigung dargestellt. Er hat gezeigt, daß er bisher der standhafte und redliche Bundesgenosse Englands gewesen ist. Das englische Parlament hat eine Haltung angenommen die als unfreundlich, wenn nicht geradezu feindlich angesehen werden muß. Das ist eine bedenkliche Thatsache. Niemand ist weniger, als wir, geneigt, der Macht Englands zu misstrauen, wo es gilt, die nationale Sache zu verteidigen; allein es ist gut, wenn wir das Recht auf unserer Seite haben, und wir werden wohl daran thun, wenn wir unsere Augen nicht vor der wirklichen Situation verschließen.“ — In einem andern Leitartikel schreibt dasselbe Blatt: „Man sagt uns, die Mißbilligungen mit Frankreich seien vorüber. Ist das wirklich der Fall? Oder ist es überhaupt je zu Mißbilligungen gekommen? Oder sind sie jetzt mehr vorüber, als früher? Oder sind sie durch sanfte Worte und kleine Handlungen ausgeglichen worden? Das alles sind ernsthafte Fragen, die sich nicht in der stümperhaften und schülerhaften Weise des neulichen Votums im Hause der Gemeinen beantworten lassen.“

— [Ziarks's.] Hier selbst verstarb am 8. d. M. im 64. Lebensjahre und dem 36. seines Berufes Dr. Johann Gerhard Ziarks, Pastor an der deutschen reformirten Kirche zu London.

— [Die Depesche des Grafen Walewski.] Die „Times“ schreibt: „Ihrer Majestät Regierung hat von dem französischen „Botschafter“ eine (bereits in Nr. 64 unfr. Ztg. erwähnte) Depesche erhalten, welche demselben von dem Grafen Walewski, französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als Antwort auf eine Depesche zugesandt worden ist, die Ihrer Majestät Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten in Erwiderung auf des Grafen Walewski Depesche vom 20. Januar an die französische Regierung gerichtet hatte. Diese Depesche ist in sehr versöhnlicher Sprache abgefaßt. Sie beginnt damit, daß sie die Befriedigung ausdrückt, welche die französische Regierung darüber empfinde, daß das neue Ministerium, in die Fußstapfen Lord Palmerston's tretend, den Willen zeige, freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich zu unterhalten. Die Depesche drückt sodann das Bedauern aus, welches die kaiserliche Regierung darüber empfinde, daß der Sinn der Depesche vom 20. Januar falsch aufgefaßt worden sei, und beruft sich auf das von dem Kaiser Napoleon III. während der letzten sechs Jahre beobachtete Verfahren als auf einen Beweis von der Unmöglichkeit, daß Seine Majestät etwas begehrt haben sollte, was zu bewilligen mit der Ehre Englands unverträglich gewesen wäre. Die kaiserliche Regierung, sagt die Depesche, hatte nie die Absicht, anzudeuten, daß England die Männer begünstige, welche den Mordmord zu einer Doktrin erhoben, sondern nur, daß man solchen Leuten erlaube, in England zu verweilen. Der Kaiser, fährt die Depesche fort, sei durchaus nicht durch die Furcht für sein Leben veranlaßt worden, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die eben erwähnte Thatsache zu lenken, sondern einfach durch das starke Gefühl, welches das Attentat vom 14. Januar im französischen Volke erregt und welches es nöthig gemacht habe, die englische Regierung zu ersuchen, daß sie strengere Maßregeln in Betreff der Flüchtlinge ergreife. Dieses Gefühl habe der Kaiser im Interesse des zwischen den beiden Ländern bestehenden Bündnisses gestellt. Die französische Regierung läßt die Kontroverse fallen und erklärt, daß sie keine Forderungen stelle; sie vertraut in dieser Hinsicht auf die redliche Gefinnung des englischen Volkes.“ Sowohl diese Depesche, wie die Lord Malmesbury's

an Lord Cowley, auf welche die des Grafen Walewski die Antwort ist, wird heute Abends beiden Häusern des Parlaments vorgelegt werden.

London, 16. März. [Die Korrespondenz mit Frankreich.] Die dem Parlamente vorgelegte Korrespondenz mit Frankreich besteht aus drei kleineren und zwei größeren Depeschen. Die Analyse des letzten Walewski'schen Schriftstückes war gestern nach der „Times“ (s. oben) annähernd richtig gegeben. In der ersten Depesche berichtet Lord Cowley an Lord Clarendon, daß Graf Walewski die falsche Deutung, welche seine Depesche erfahren habe, bedauere. Das zweite Aktenstück ist eine Depesche des Carl v. Malmesbury an Lord Cowley, in welcher der englische Staatssekretär des Auswärtigen erklärt, das britische Ministerium wünsche die Aufrechterhaltung des englisch-französischen Bündnisses, so wie eine Ausgleichung des obwaltenden Mißverständnisses. Doch sehe es einer näheren Erklärung Walewski's entgegen. Das dritte Dokument ist eine Depesche Lord Cowley's an den Carl v. Malmesbury, aus welcher hervorgeht, daß, einer Aeußerung Walewski's zufolge, der Kaiser der Franzosen keine Aenderung der englischen Gesetze verlangt hat. Das vierte Schriftstück ist eine Depesche Lord Malmesbury's, in welcher er die Erwartung ausdrückt, daß eine schriftliche Antwort Walewski's erfolgen werde. Das fünfte und letzte Dokument ist die an Persigny gerichtete Depesche Walewski's, deren Hauptinhalt die gestr. „Times“ brachte.

Frankreich.

Paris, 15. März. [Die Beziehungen Frankreichs zum Auslande.] Man sieht es eben nicht als Zeichen freundlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich an, daß der „Moniteur“, nachdem kaum die diplomatischen Unterhaltungen über die Veröffentlichung des Drinitschen Testaments geschlossen sind, durch Auszüge aus der Korrespondenz Napoleons I. wieder die Erinnerungen an eine Epoche zurückruft, in der die Oesterreicher, wie der Ausbruch des ersten Konfults lautete, aus Italien „hinausgeschlagen“ wurden. Es scheint im Uebrigen gar nicht, als ob man hier ein großes Bedürfnis zu erkennen geben wolle, die dermalige Situation im Innern auf die Beziehungen zum Auslande einwirken zu lassen. Mit der Schweiz steht man auf ziemlich gespanntem Fuße, und was das Verhältnis zu England anbelangt, so darf wenigstens die der Regierung fernere stehende Presse, wie der „Univers“, eine Sprache führen, die zu der versöhnlichen Note Walewski's in schneidendem Kontraste steht. Herr Louis Veuillot, der freilich gar nicht im Stande ist, sich eines Stills voll kirchlicher Mißbe zu befleißigen, knüpft an die Broschüre „Napoleon III. und England“ so kriegslustige Bemerkungen, als ob der Geist eines jener Karbinale und Kirchenfürsten in ihn gefahren wäre, welche die Konjur mit dem Helme verdeckten und über die Soutane den Panzer schnallten. Nehmt Euch in Acht, das ist der Sinn seiner Rede, denn wenn der Kanzler Eurer Schatzkammer von dem trefflichen Zustande Eurer Wehrhaftigkeit spricht, so wisst wohl, daß wir noch zehnmal wehrhafter sind und daß keine Unternehmung in Frankreich populärer sein würde, als ein Zug gegen die Kerkermeister von St. Helena. Herr Louis Veuillot wird indessen wohl ein Prediger in der Wüste bleiben, auch wenn die große Vermehrung der Dampfmachine, die jetzt noch Projekt ist, eine vollendete Thatsache geworden sein wird. — Die leidenschaftlichen Expektationen des „Univers“ wären jedenfalls sehr unschädlich, wenn die Schrift, die ihnen zur Grundlage dient, nicht den Satz aufstellte, daß zwei große Nationen sich auf die Länge nicht in den öffentlichen Blättern anfeinden können, ohne in Krieg zu gerathen. Allerdings wurde es damit bisher in Frankreich selbst nicht so genau genommen. Nicht bloß das „Siècle“, sondern auch die offizielle Presse durften Oesterreich seit lange fortwährend in der bittersten Weise anfeinden, ohne daß man eine Kriegsgefahr dabei sah; selbst der „Moniteur“ leistet bis heute, wenn auch indirekt, hierin das Mögliche. Was Preußen betrifft, so sind nicht bloß seine Neutralität, seine Marine etc., sondern auch seine Dynastie in manchen hiesigen Organen fortwährend ein Gegenstand der Verhöhnung. Um das Alles kümmert man sich im Auslande wenig. Man läßt den Franzosen gern nicht nur ihre Späße, sondern alle ihre eigenhümlichen Institutionen; man trägt nicht entfernt ein Verlangen, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Das Einzige, was man von Frankreich heute will, ist, daß es auch andere Nationen nach ihrer Weise leben lasse. Man will nicht diese fortwährenden Lektionen über die Bedürfnisse der Civilisation, diese Eingriffe, durch welche das Bischen Freiheit, das anderwärts noch existirt, ebenfalls verflümmert und abgetödtet werden soll. Wenn England mit dem guten Beispiel vorangegangen ist, wie eine Nation, die auf ihre Selbstständigkeit etwas hält, solchen Zumuthungen gegenüber sich zu verhalten hat, so steht ihm hierin die öffentliche Meinung durch ganz Europa weit entschieden zur Seite, als den Töres im Anfange des Jahrhunderts. Hierin scheint Herr Veuillot zu irren. Seine Parallele mit dem Kaiser Nikolaus ist eine höchst unglückliche. Heute stehen England und mehrere andere Staaten in der Defensive gegen die Uebergriffe der französischen Diplomatie, welche allerwärts nicht nur die Presse, sondern das ganze öffentliche Recht nach ihren Ansprüchen geformt haben möchte. Es giebt ein äußerst einfaches Mittel, die Unruhe zu heben, die in Folge dessen sich der europäischen Zustände bemächtigt hat. Man sage und thue in Frankreich, was man will, und lasse eben so die Andern gewähren. Es wird dann ganz gleichgültig sein, ob die „Times“ und das „Univers“ sich ganzen.

— [Die Flüchtlings- und Passfrage; der Putsch in Chalons; Verhaftungen.] Die französische Regierung hat Herrn v. Saulz, Beamten im Ministerium des Auswärtigen, mit Instruktionen über die Flüchtlings- und Passfrage nach Bern geschickt. Die Passfrage liegt noch sehr im Streite, da die Aufregung der Schweizer gegen die Gründung neuer französischer Konsulate im Zunehmen begriffen ist. Besonders in La-Chaux-de-Fonds, wo mehr als 16,000 Menschen aus aller Herren Länder wohnen, ist man sehr erbittert. — Es bestätigt sich vollkommen, daß der Putsch in Chalons durch die Verhaftungen mehrerer früheren Internirten, besonders durch die eines sehr beliebten Kaufmanns in der Stadt hervorgerufen wurde. In Chalons war übrigens die demokratische Partei immer sehr stark vertreten, und das Departement der Rhone und Saone zeichnete sich unter der zweiten Republik durch radikale Wahlen aus. Zu den ersten Verhaftungen sind jetzt nachträglich viele neue gekommen. Auch in Macon und Lyon wurden strenge Verhaftungsmaßregeln getroffen. Der „Indépendance Belge“ wird die Anzahl der in Lyon Verhafteten sogar auf hundert angegeben, unter denen sich ein namhafter Seidenhändler befindet, der am letzten Jahrestage des 24. Febr. ein großes Essen gegeben hatte. Da der Chalons'er Prozeß in Dijon zur Verhandlung kommt, so befinden sich seit mehreren Tagen der Präsident und der Generaladvokat des Gerichtshofes von Dijon in Chalons für Saone.

— [Der franz. Gesandte.] Mit England ist das gute Einvernehmen hergestellt, und dennoch ist von Persigny's Abberufung mehr denn je die Rede. Sein Verhalten in der Flüchtlingsfrage habe ihn als Gesandten bei St. James unmöglich gemacht. Die Gesandten der frem-

den Mächte müssen weniger bei dem Hofe und den Ministern als bei dem Volke akkreditirt sein, und das eben ist sicher, daß Herr v. Persigny sich bei dem englischen Volke diskreditirt hat. Man sagt, Graf Walewski wolle sich zurückziehen, und man giebt ihm Persigny zum Nachfolger. Es ist möglich, daß beide Staatsmänner die Stellen tauschen. Herr v. Walewski war, als er Frankreich in England vertrat, beliebt und geachtet; er hat mit gutem Takt sein Verhalten dem englischen Volksgesichte akkommodirt, und es ist nicht unmöglich, daß seine Ernennung zur Aushaltung der mühsam wiederhergestellten entente mehr be trägt, als eine zweite demüthigende Konzeßion, zu welcher Frankreich sich etwa ver stehen möchte. Daß die erbitternde Note seine Unterschrift trägt, werden ihm die Engländer nicht anrechnen, die von der Selbständigkeit eines Ministers Napoleons III. einen so geringen Begriff haben, um ihn für offizielle Akte, auch wenn sein Name darunter zu lesen ist, verantwortlich zu machen. (H. Z.)

— [Zu den Prozeßverhandlungen; Literarisches.] Bei der Verhandlung des Kassationshofes über den Attentatsprozeß mußte in Dupins Rede nicht nur die heftige Polemik gegen Favre's Benutzung der advokatischen Redefreiheit, sondern auch die verblühte Enschuldigung wegen der Mittheilung des Drinitschen Briefes an den Kaiser auffallen. Sollte wirklich die Rede in dieser Beziehung, Oesterreich gegenüber, eine diplomatische Tragweite haben? Es wäre nicht denkbar. Was den ersten Punkt betrifft, so war Jules Favre's Rede allerdings viel schärfer und tendenziöser, als der Druck der Verhandlungen verräth. Der Präsident Delangle sagte von ihm, er sei auf Kaffeemessern spazieren gegangen, ohne sich zu schneiden. — Die kleine Regierungsliteratur, das Journal des Corps unter den literarischen Gruppen, scheint die Parole zu haben, gegen Alles, was an „Ideologie“ erinnert, im Stile des ersten Kaiserthums zu Felde zu ziehen. Herr A. de Gésina entwirft in seiner Wochenschrift ein abschreckendes Bild von dem Stande der Literaten, in welchem er sich freilich weniger ausgezeichnet hat, als in dem der kleinen Börsenspekulanten. Granier de Cassagnac fährt fort, Lamartine wegen der unschuldigen „Graziella“ zu verfolgen, und ihn nicht nur des Plagiaten (an Herrn v. Gorbin!), sondern auch der Zweideutigkeit u. s. w. zu geizen, ein Vorwurf, oder wenn man will eine Denunziation, welche Lamartine am wenigsten von den Bonapartisten verdient. Er antwortet auch darauf sehr eindeutig und sehr würdig, daß ihm die militärischen Regierungen nicht verhaßt gewesen seien, weil sie sich vom Ruhme (gloire) und der Ruhm sich vom Blute nähre. Von Prof. Rapetti, der zu den Schriftstellern des „Moniteur“ gehört, ist eine aus offiziellen Akten geschöpfte Widerlegung der Macmont'schen Memoiren erschienen, die nicht verfehlen kann, auf die um dieses Buch noch immer gruppirten Prozesse einen fast entscheidenden Einfluß auszuüben. Die genealogische Literatur ist ordentlich wieder aufgelebt, wohl in Erwartung der Dinge, die da kommen werden. Von den auswärtigen Zeitungen werden noch immer viele zurückgehalten; die Bevorzugten unter den Abonnenten, d. h. die Diplomaten, höheren Beamten und gutgefunnten Redaktionen, erhalten solche Nummern mit dem Stempel: „Circulation interdite“, ungefähr wie in Rußland. (N. Z.)

— [Türkische Proklamation in der Herzegowina; der Aufstandsversuch in Chalons.] Nach Berichten aus Wien vom 12. März im „Pays“ hatte man in dieser Stadt auf telegraphischem Wege die Nachricht erhalten, daß die Proklamation der türkischen Regierung in der ganzen Herzegowina Ende Februar verbreitet worden war. Dieses mit Klugheit und Festigkeit redigirte Dokument kündigt an, daß der Sultan aus freien Stücken die Reformen bewilligt, die er als nützlich anerkannt hat, daß jedoch zu gleicher Zeit alle Maßregeln ergriffen worden sind, um durch bewaffnete Gewalt der Autorität des Sultans Achtung zu verschaffen. Dieser Ausdruck spielt auf die Verhältnisse an, die nach den letzten Nachrichten aus Konstantinopel die Stadt verlassen haben, um nach der Herzegowina zu marschiren. — Die Angelegenheit von Chalons ist vor den Gerichtshof von Dijon gebracht worden. Der Präsident De la Guisne und der Generaladvokat Massin, die sich seit letzten Freitag in Chalons befinden, leiten die Untersuchung. Ueber die Vorgänge vom 6. selbst erfährt man nur wenig. Es scheint doch, daß ein der Stadt fremder Mann an der Spitze der Bewegung stand. Derselbe forderte von der Brücke aus auf, der entstehenden Republik Unterstützung zu gewähren, da sie dieses Mal eine wahre Republik sein würde. Die Insurgenten marschirten nach dem Klange einer Trompete. Sie scheinen jedoch nur wenig Muth gehabt zu haben, denn als sie in der Nähe der Gendarmerie angekommen waren, schwieg die Trompete und kein Ruf wurde mehr ausgefohen. Der Gendarmerie gegenüber angekommen, machte die Bande Halt, und es fand eine geheime Verhandlung statt. Man weiß nicht, was darin vorging. Man hörte nur folgende Worte eines der Ruhestörer: „Puisque les hommes ne sont pas des hommes, eh bien! m...!“ Der Mann legte darauf sein Gewehr nieder und ging davon. (R. Z.)

Paris, 16. März. [Tagesbericht.] Die Interessen der Schatzkammer sind um ein halbes Prozent herabgesetzt worden. — Man versichert, daß zu Macon und Lyon die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden sind. Namentlich in letzterer Stadt sollen die Verhaftungen sehr bedeutend sein, unter andern ist auch ein Kaufmann ins Gefängniß gesteckt worden, der am 24. Februar, dem Jahrestage der Republik von 1848, einer großen Anzahl von Demokraten ein Festmahl gab. — Murdo und Gomez werden Ende dieses Monats auf der Korvette „Abou“ nach Cayenne gebracht werden. Wie es heißt, soll es der Frau und den Kindern gestattet sein, sich ebenfalls nach Cayenne einschiffen zu lassen. — Abbé Duinin, Verfasser einer Geschichte der Kirche, ist vom Kardinal Morlot interdikirt und des Rechtes, die Messe zu lesen, entkleidet worden. Derselbe hat an den Papst und zugleich an den Staatsrath wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt appellirt.

Schweiz.

Konstanz, 14. März. [Wasserstand des Bodensee.] Im Untersee, Mannebach gegenüber, trat ein großer Granitfindling zu Tage, auf welchem drei Jahreszahlen (1785, 1755 und 1674) den Nachkommen den ungewöhnlich niederen Wasserstand anzeigen. Der jetzige Wasserpiegel ist noch um 7 Zoll niedriger als der niedrigste der drei Jahrgänge (1674).

Italien.

Rom, 9. März. [Die Jubelfeier; ein Priester; Funb.] Das große Jubiläum dauert bereits 8 Tage, ohne daß viele um seinen Beginn wissen, so theilnahmlos blieb es. Die Zeiten, wo eine Anzahl von Menschen zu solchem Ablassjahre, das der Papst ausschrieb, aus allen Ländern der katholischen Welt in Prozession nach Rom zog, und wo die Kurie aus den frommen Spenden der Pilger einen so bedeutenden Gewinn zog, daß sich die weltlichen Fürsten über das viele nach Rom gehende Geld beklagten, sind wohl für immer vergangen. Raman noch, fast vor 100 Jahren, zum Jubiläum Benedikt's XIV. bei 200,000 Menschen, aber meist Arme und Bettler her, so sind auch sogar die letz-

lern bisher ausgeblieben. Der Hauptgrund davon ist, daß das Volk in seinen bischöflichen Diözesen sich ebenfalls den Ablass verdienen kann. Inoffen hat sich die Kurie auch diesmal den Hauptertrag den frommen Almosen in den Diözesen der ganzen kath. Christenheit für „milde“ Zwecke vorbehalten. Der Papst soll sich über die flauere Theilnahme der Römern der außerordentlichen Bußfeier sehr tadelnd geäußert haben. — Auf der Aufgangstreppe der Magdalenenkirche ward vorgestern ein anständig gekleideter Mann gefunden, der, die Vorübergehenden mit starren Augen anstierend, mehr einer Marmorstatue als einem Lebenden gleich. Verschiedene fragten ihn, ob er unwohl sei und Hilfe wünsche; doch er blieb sprachlos und unbeweglich wie an den Boden geheftet und antwortete nicht. Da sich immer mehr Volk um ihn her sammelte, ward er zuletzt zur Polizei geführt; aber auch da blieb er stumm. Nach etwa 6 Stunden löste sich seine Zunge. Es kam heraus, daß er ein Priester aus Gaenza war, der seine Laienkleidung angelegt hatte. Er hatte eine homöopathische Kur angefangen und aus Unkunde die stärkste Auflösung eines Morfolikums in Zinktur in so großem Uebermaße genommen, daß die Publikum und Polizei mystifizierende Starrsicht erfolgte. — Beim Graben der Fundamente eines Hauses im Borgo di San Spirito wurde vorgestern eine große Menge antiker Zellen, Tassen, Opfergeschalen, Vasen etc. gefunden, alles bestens erhalten, wiewohl weder aus feinsten Erden, noch von feiner Arbeit. Es scheint hier in alten Zeiten eine Niederlage von Opferwaaren gewesen zu sein, darauf deutet wenigstens die Menge der gefundenen Gegenstände hin. (B. Z.)

Turin, 11. März. [Sturm; Eisenbahnbauten; die franz. Fremdenpolizei.] In den letzten drei Tagen wüthete ein gewaltiger Sturmwind (la tormenta) auf dem Mont Genis, welcher den Uebergang sehr erschwerte und unsere Verbindungen mit dem westlichen Europa hemmte. — Man arbeitet eifrig an der Rhonebrücke zu Guloz, welche die savoyische Eisenbahnen mit den französischen Bahnen in Verbindung bringen soll. Man hofft die Arbeiten bald vollendet zu sehen und die Verwaltung der Vittorio-Emmanuelebahn hat schon angekündigt, daß sie im nächsten Sommer Extrafahrten von Turin nach Paris und zurück zu 40 Frs. jede Fahrt veranstalten wird. Um solche Fahrten in Gang zu bringen, müßte aber die französische Regierung von der jetzigen Strenge in Bahnanangelegenheiten nachlassen. — Die Fremdenpolizei, vorzüglich gegen Italiener, ist in Paris so veratetisch geworden, daß Handwerker aus Turin, welche seit vielen Jahren in Paris ansässig waren, sich bewegen fanden, nach Hause zurückzukehren, da sie sowohl in ihrer Wohnung als auch in ihren Werkstätten befehlig von der Polizei bestraft wurden. Selbst die sonntäglichen Spaziergänge wurden ihnen verleidet, und einer von ihnen, der seit fünfzehn Jahren ganz friedlich in Paris gelebt hatte, erzählt, einen einzigen Sonntag zehnmal von Polizeibeamten angehalten und gedehnt worden zu sein, sich mit seiner Aufenthaltskarte zu legitimiren. (M. Z.)

Turin, 14. März. [Tagesnotizen.] Graf August Avogadro, früher Gesandter in Petersburg, München und Neapel, ist gestorben. — Ein am 9. d. M. mit dem Dampfer „Dante“ in polizeilicher Gewahrsam von Genua in Nizza angelangener Franzose wurde an der Grenze des Var der französischen Behörde übergeben. — Dieser Tage ist das Schiff „Viguria“ mit 500 Auswanderern von Genua nach Brasilien abgegangen.

Salerno. [Der politische Prozeß.] In der Fortsetzung des Verhörs am 2. März trat der Zwischenfall ein, daß wieder ein Beteiligter, ein Soldat von der Straffaktion zu Ponza, plötzlich vom Wahnsinn befallen wurde, laut ausschrie und seine Kleider zerriss. Nachdem man ihn neu gekleidet, wurde er ins Hospital geschickt. Am 3. war wieder Verhör. Bis jetzt sind 193 Angeklagte vernommen. Der Präsident sowohl wie der Staatsanwalt thun Alles, um die Entscheidung zu beschleunigen. Außer den 286 Angeklagten sind mehr als 300 Zeugen zu vernehmen, sowohl von Ponza als aus der Provinz Capri. Da die englischen Maschinisten auch aus Genua drei Zeugen vernommen zu sehen wünschten, so hat der neapolitanische Konsul zu Genua Auftrag erhalten, ihnen sogleich Pässe zu geben, und sie sind am 25. Februar, begleitet von einem Beamten des englischen Konsulats, von Genua angekommen. Man hofft, nächste Woche das Verhör aller Angeklagten zu beendigen. (3.)

Spanien.

Madrid, 10. März. [Marquis de Turgot.] Die Haltung des französischen Botschafters, Marquis v. Turgot, ist geradezu unerträglich geworden; er mischt sich ganz offen in die inneren Angelegenheiten des Landes zu Gunsten des Grafen O'Donnell; es geht ein Schrei der Entrüstung darüber durch das ganze Land, der in dem leisen Drohmurmeln der Presse nur einen schwachen Widerhall gefunden hat. Die Sachen sind bis auf den Punkt gediehen, daß der Kaiser der Franzosen gar nicht umhin können wird, seinem Vertreter sein Mißfallen zu bezeugen und ihn an einen anderen Hof zu versetzen. Das würde hier einen sehr guten Eindruck machen. Nicht allein jeder Politiker von Fach, sondern die Königin selbst hat es mit höchstem Mißfallen bemerkt, daß sich Herr v. Turgot in spanische Angelegenheiten mischt, und noch dazu zu Gunsten einer Partei, welche wenig zahlreich ist, eine Militärinsurrektion repräsentiert und ihren Halt in der Unterstützung der Grattados suchen muß. (M. P. Z. Von anderer Seite wird dies als unbegründet dargestellt. D. Red.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 11. März. [Einfluß des jüngsten Krieges auf die Landwirthschaft; Reformvorschlüge für das Polizeiwesen.] Aus dem Bericht des Ministers Lanskoi (Inneres) an den Kaiser über den Zustand und die Ergebnisse seiner Verwaltung während des letzten Jahres erfährt das Publikum höchst interessante Details, und zwar um so interessanter, als der Bericht in seiner ganzen Form und Fassung wesentlich von den statistischen Nachrichten abweicht, wie sie bisher in den Journalen der verschiedenen Ministerien wohl veröffentlicht, aber von Niemand gelesen wurden. Namentlich frappirt der Nachweis, daß der letzte Krieg fast den 10. Theil aller wirklich thätigen Arbeiter in Anspruch genommen, welche sonst für den Ackerbau und die Industrie hätten wirksam sein können. Ich übergehe die Details und übergehe Ihnen nur die runden Summen, weil sie auch am deutlichsten sprechen. Die gesammte Reichswehr hat 372,000 Mann in Anspruch genommen, während die zu den Reservebataillonen eingezogenen ausgebildeten Mannschaften und die zu den Ersatzbataillonen ausgehobenen Rekruten die Totalsumme von 367,000 Mann, zusammen also 739,000 Mann, erreichten. Da sich nun die ganze arbeitsfähige Bevölkerung Rußlands mit Ausschluß der Greise, Weiber und Kinder, nur auf 10½ Millionen beläuft, so ist das Grempel mit dem 10. Theile ziemlich richtig. Ein solcher Ausfall von Arbeitern während mehrerer Jahre ist in der That keine Kleinigkeit. Beweist er auf der einen Seite die außerordentliche Leistungsfähigkeit des Landes, so ist es doch auch klar, daß ein solcher Zustand nicht noch Jahre lang hätte fortauern können, ohne die schwersten Folgen für das Land herbeizuführen. Die neuerdings eingetretene Reduktion der Armee und namentlich die zwar nicht geradezu ausgepro-

gene, aber durch die beschränkte Zahl von Reservebataillonen, welche in Kadres bestehen geblieben sind, handgreiflich erwiesene Befreiung von etwa 300,000 Mann von dem Reserveverhältnisse zeigt, daß der Kaiser diesen Uebelstand schon beseitigt hat. — Am interessantesten und vom Publikum wahrhaft verschlungen sind diejenigen Stellen des Berichtes, welche von der Polizei und deren nothwendigen Verbesserungen im ganzen Lande handeln. Der Minister schlägt vor, die Zahl der Beamten zu verringern, welche unmöglich alle gut sein können, weil es eben zu viele sein müssen, und weil die Reglements und die Vorschriften, die Formalitäten und Weislaufszeiten dermaßen angewachsen sind, daß es selbst den guten Beamten unmöglich wird, sich mit dem eigentlichen Wesen jeder Sache zu beschäftigen, um nur allen Formalitäten zu genügen. Was die Moralität der Polizeibeamten betrifft, so sagt der Minister, daß diese nicht anders zu erhalten sein würde, als durch die Moralisirung der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Stelle ist ziemlich unübersetzbar und läßt sich nur so verstehen, daß wenn die Russen überhaupt keine „Geschenke“ mehr geben und nehmen, auch die Polizeibeamten keine mehr nehmen werden. Was den statistischen Theil des Berichtes über die Polizei betrifft, so frappirt die geringe Zahl der gegenwärtig unter polizeilicher Aufsicht stehenden Individuen. Minister Lanskoi giebt sie mit etwa 1300 an und erwähnt dabei, daß bis zum Regierungsantritt des Kaisers Alexander II. die Zahl der Observaten bis über 10,000 gestiegen war. Auch das ist bei einer Bevölkerung von beinahe 70 Millionen Menschen kein auffälliges Resultat. (M. P. Z.)

[Gegen katholische Propaganda.] Hier ist kürzlich ein Buch von Wostokoff erschienen unter dem Titel: „Ueber die Beziehungen der Römischen Kirche zu den andern christlichen Glaubensbekenntnissen und zum menschlichen Geschlecht“. In Einleitung und Ankündigung sagen Verfasser und Verleger unter Anderem, das Buch sei geschrieben, „um der jetzigen geheimen und offenen Propaganda des Papismus gegen die russische orthodoxe Kirche entgegenzutreten“.

Petersburg, 12. März. [Komité für die Bauernangelegenheit; aus dem Kaukasus.] Die „Petersburger Zeitung“ meldet amlich: „Se. Majestät der Kaiser hat am 15. Januar 1858 Allerhöchst geruht, unter seiner unmittelbaren Aufsicht und unter seinem Vorsteh ein eigenes Komité niederzusetzen zur Prüfung der Beschlüsse und Vorschläge, die sich auf den erbunterthänigen Stand beziehen. Zu Gliedern dieses Komités hat Se. Kaiserl. Majestät zu ernennen geruht: den Präsidenten des Reichsrathes, Generaladjutanten Fürsten Orloff, der den Präsidentenplan das Komité einzunehmen hat, wenn Se. Kaiserl. Majestät nicht geruht, den Vorsitz zu führen, und folgende Mitglieder des Reichsrathes: Se. Kaiserl. Hoheit den Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch, den Wirklichen Geheimrath Grafen Wludoff, den Generaladjutanten Grafen Adlerberg, die Wirklichen Geheimräthe: Fürst Sagarin, Lanskoi, Baron Korff und Graf Panin, die Generaladjutanten Fürst Dolgorukoff und Tschewkin, den General der Infanterie Murawjew, den Wirklichen Geheimrath Brock und den Generaladjutanten Kosomoff. Die Geschäftsführung dieses Komités hat der Kaiser geruht, der Reichskanzlei zuzuweisen, unter unmittelbarer Aufsicht des Staatssekretärs, Geheimraths Wulff, dem er den stellvertretenden Staatssekretär des Reichsrathes, Wirklichen Staatsrath Schukowski beigegeben hat. Se. Kaiserl. Majestät haben nun Allerhöchst geruht, zu befehlen, das bezeichnete Komité zu nennen: „Hauptkomité für die Bauernangelegenheit.“ — Der „Kaukas“ berichtet von der rechten Flanke der Kaukasuslinie: „Ein räuberischer Einfall der Bergvölker in die Staniza Woroneschtskaja ist denselben theuer zu stehen gekommen. In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar setzten etwa 600 Berittene oberhalb der genannten Staniza über den Kuban, an welchem zugleich eine Schaar Fußvolk als Reserve sich aufstellte. Unsere Kordonlinie hatte von der Absicht des Feindes Kenntniß erhalten, und sobald der Alarm das Erscheinen des Feindes meldete, besetzten Kosaken nebst bewaffneten Bewohnern der Staniza, unterstützt von 2 Kompagnien Infanterie mit 1 Geschütz, die Wege zu allen Euthen des Kuban und trieben den Feind in die Enge. Dieser suchte sein Heil in der Flucht, da er aber die besten Uebergangsstellen besetzt fand, so mußte er an einer sehr unbequemen Stelle über den Fluß setzen. Hier fanden Viele theils durch den Sturz von der steilen Höhe, theils durch die abgeseffenen Kosaken, theils in dem Oberwasser ihren Tod. Das zu Hilfe eilende Fußvolk der Bergstämme wurde durch Geschütz- und Gewehrfeuer zurückgewiesen. Der Verlust des Feindes muß unter diesen Umständen sehr bedeutend gewesen sein; außer den im Fluße umgekommenen blieben in unseren Händen 7 Gefangene und 51 Leichen; die Kosaken erbeuteten viele Waffen und Pferdegeschirre. Wir hatten 1 Todten und 8 Verwundete. Der Feind verbrannte in der Staniza 2 Häuser und führte 6 Individuen männlichen und weiblichen Geschlechts mit sich fort; die einbrechende Nacht machte jede weitere Verfolgung unthunlich.“

Dänemark.

Kopenhagen, 12. März. [Die Stimmung gegen Deutschland.] Man war bisher hier so verätselt und verzogen von der europäischen Diplomatie, man war so gewohnt, selbst die kühnsten Wünsche durch den Erfolg noch übertrieben zu sehen, daß man es förmlich schon als selbstverständlich ansah, daß die ganze Welt nach der Kopenhagener Pfeife tanzen müsse. An dieser gemüthlichen Auffassung der Dinge ist man nun allerdings in letzter Zeit etwas irre geworden. Wenn man aber deshalb glauben wollte, daß man nun auch eine richtigere Erkenntniß hier Raum gewönne und ein billigerer Sinn sich geltend mache, so würde man sich irren. Der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit und die Gewohnheit, Alles nur nach dem eigenen egoistischen augenblicklichen Interesse zu bemessen, ist gar zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen, als daß sie durch eine bloße Verstandesoperation beseitigt werden könnten. Seien Sie deshalb überzeugt, daß hier auf keiner Seite an wirkliche Umkehr, an ehrliche Konzeffionen denkt, wie sehr man sich auch vielleicht den Anschein geben wird. Man ist einmal verrannt in seine Thorheit; Dänemark kann nicht Unrecht haben und Dänemark kann auch nicht gezwungen werden; eher müßte die Welt vergehen, die deutschen Forderungen sind „anmaßend und unverschäm“, wie das Regierungsblatt sie noch vorgefunden nannte; man muß ihnen deshalb nur einen „zähen Widerstand“ entgegensetzen und auf bessere Zeiten hoffen; der deutsche Bund ist so schrecklich nicht, er wird keinen Ernst machen, und im schlimmsten Falle ist man stark genug, es mit Deutschland allein aufzunehmen; das ist hier unumsstößliche Meinung und eben so überzeugt ist man, daß es der dänischen diplomatischen Kunst schon gelingen wird, das verhasste und verachtete Deutschland in irgend einer Weise hinter Licht zu führen, wie man es mit der angebotenen Aufschneidung Holsteins und Lauenburgs freilich noch erfolglos versucht hat. Es wäre allerdings ein reines Kunststück geworden, wenn man dem Deutschen Bunde das ersehnte Ziel der eiderdänischen Politik: die Aussonderung Holsteins und die Inkorporation Schleswigs, als eine werthvolle Konzeffion hätte aufschwagen können! Nun, von den Eiderdänen hat der Deutsche Bund sich nicht dupiren lassen; wir werden sehen, ob er gegen die jetzigen eben

so sehr auf seiner Hut sein wird, die nicht bloß Schleswig, sondern Holstein noch mit inkorporiren wollen! Es hat allen Anschein, daß jetzt zunächst diese an die Reihe kommen werden; auf alle möglichen Ränke und Kniffe kann man sich jedenfalls gefaßt machen. (M. P. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. März. [Schluß des Reichstags.] Der Kronprinz-Regent schloß heute den Reichstag mit einer längeren Rede, in welcher der Verhältnisse zum Auslande keine Erwähnung geschieht, dagegen die inneren Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der Reichstagsession gestaltet haben, ausführlich erörtert werden. Der auf die Handelskrisis bezügliche Passus lautet vollständig also: „Eine heftige Krisis in den Handels- und Kreditverhältnissen der meisten Länder hat ihre Wirkungen auch auf uns erstreckt und einen fühlbaren Abbruch im allgemeinen Verkehr verursacht. Die Maßregeln, welche ich in dieser Veranlassung getroffen habe, sollen für Handel und Gewerbe die Wiederherstellung des Zustandes einer beständigen und kräftigen Entwicklung erleichtern, von welchem die verfloßene Zeit so viele erfreuliche Beweise liefert. (Goth. Z.)

Asien.

[Die neueste Post.] Der König von Delhi ist nach den Andamanen-Inseln (südlich von Pegu) auf Lebenszeit verbannt worden. General Hugh Rose marschirt gegen Jasse und Culpe (Central-Indien). Schorapore wurde erobert. Im Pendschab wurde Quartier für 18,000 Europäer vorbereitet.

[Depeche aus Indien.] Das auswärtige Amt zu London empfing am 15. März folgendes Telegramm (J. Nr. 64 die tel. Dep.) vom britischen Generalkonsul in Egypten: „Alexandrien, 11. März. Der Dampfer „Madras“ aus Bombay kam gestern in Suez an. Er bringt keine Nachricht über den Kallutadampfer, der am 6. in Suez fällig war. Sir Colin Campbell langte am 4. Febr. in Cawnpore an; besuchte am 8. den Generalgouverneur in Allahabad; war am 13. in Cawnpore, den Belagerungstrain aus Agra erwartend. Ein Theil der Armee ist über den Strom ins Audeh marschirt und rückt nach dem Alumbagh vor. Der Oberfeldherr wird nicht vor dem 20. folgen. Die Heeresmacht, welche aus ungefähr 20,000 Mann und 100 Kanonen besteht, ist, wie man sagt, nicht groß genug, um Lucknow zu berennen. Den Anfang des Bombardements erwartete man am 25. Febr.; die vorherste Heersäule unter Major Raines, zur Radchputanafeldmacht unter General Roberts gehörig, passirte am 14. Febr. Auserabad auf dem Marsch nach Kotah. Der Feind soll 7000 Mann mit 100 Kanonen zählen, wird jedoch der Erwartung nach bei unserem Anmarsch fliehen. Die centralindische Feldmacht unter Sir G. Rose war am 17. noch in Sangor und wartete auf die Feldbrigade unter Oberst Stewart aus Indore; sollte ungefähr am 20. nach Jansi und von dort nach Calpi am Ganges marschiren. Die madraser Streitmacht unter General Whitlock erreichte Zubbulpore am 7. Febr.; das 4. Regiment und die Madrasavallerie rückten am 11. weiter, um zu den in Audeh eindringenden Truppen zu stoßen. Schorapore, ein im Gebiet des Nizam liegendes Fort, wurde am 8. eingenommen und der Rajah wurde am 12. in Hyderabad festgenommen. Sir M. Lawrence hat im Pendschab Kantonnirungen für 18,000 Europäer, mit Pferden für 3 Kavallerieregimenter in Bereitschaft gebracht. Dies Telegramm aus Alexandrien ist per „Devis“ am 14. März um 8 Uhr Abends in Malta eingetroffen. Lyons, Admiral.“

Amerika.

Newport, 27. Februar. [Kansas; Sundzoll; die Mormonenexpedition.] Die Bill über die Zulassung von Kansas als Unionsstaat ist auf die Tagesordnung des 28. Febr. gestellt. Im Repräsentantenhause wurde eine Summe von 408,000 Doll. zur Ablösung des Sundzollens votirt. Der Präsident hat dem Repräsentantenhause auf sein Begehren einen langen Bericht über den Zustand der Dinge in Utah zugehen lassen. In einem Schreiben aus dem Hauptquartier wird dem General Harney mitgetheilt, daß die Regierung keine Kosten scheuen werde, um den Aufstand in Utah mit allem Nachdruck niederzuschlagen. In einem Schreiben des Generals Scott an den Obersten Johnston, welches im Laufe des Februar geschrieben ist, wird letzterem angezeigt, daß der General seine Absicht, nach Kalifornien abzugehen und von dort aus Truppen gegen Utah zu senden, aufgegeben habe.

Newport, 3. März. [Skavenhändler; die Mormonen; der Bürgerkrieg auf Haiti.] Mehrere Spanier sind hier, unter der Anklage, beim Skavenhandel theilhaftig zu sein, verhaftet worden. — Der im Lager des Generals Scott befindliche Richter Gels hat den Mormonengouverneur Brigham Young im Namen des Gerichtshofes der Vereinigten Staaten des Hochverraths angeklagt. Das Haupt der Mormonen hat darauf mit einer an die Legation von Utah gerichteten Botschaft geantwortet, in welcher es die Bundesruppen als Rebellen gegen die Gesetze des Territoriums bezeichnet. Die Legation von Utah hat beschloffen, Brigham Young zu vertheidigen. — In der Republik San Domingo hat sich der Präsident Bazet dem General Santa Anna ergeben, und dieser hat die Regierung übernommen.

Rio de Janeiro, 15. Jan. [Bürgerkrieg in Uruguay.] Mit dem Dampfschiffe „Amazonas“ sind Nachrichten aus Montevideo vom 7. Jan. eingegangen. Das Hauptereigniß, das sie melden, ist, daß am 6. Nachmittags der General Cesar Dias mit etwa 100 Mann von Buenos Ayres auf der Patache „Mappu“, angeblich zur Kriegsmarine von Buenos Ayres gehörend oder gehört habend, unter der Flagge von Uruguay im Hafen von Montevideo angelangt war, in der Nacht aber seine Leute bei Cerra ausgeschifft und sich mit den Insurgenten unter Don Brigido Silveira vereinigt hatte. Der „Mappu“ fiel darauf der Regierung von Montevideo in die Hände und soll als Kriegsschiff armirt werden. Die Insurgenten haben den General Freire zum provisorischen Präsidenten mit dem Sitz in Cerrito de la Victoria erwählt, indeß zugleich den Vorschlag gemacht, sich unter drei Bedingungen zu unterwerfen, nämlich 1) Annullirung der mit Brasilien abgeschlossenen Verträge, 2) Aenderung des Ministeriums und 3) Annullirung der letzten Wahlen. Die Regierung ihrerseits rechnet auf Unterstützung vom Lande und trifft alle Anstalten, sich in Montevideo zu behaupten. Die Besatzung beläuft sich auf 1400 Mann, scheint indeß nicht ganz zuverlässig zu sein. Man erwartete einen Aufruf der Regierung an die in Montevideo ansässigen Ausländer. — Mit dem „Amazonas“ ist der zwischen Brasilien und der argentinischen Konföderation abgeschlossene Vertrag in Rio eingetroffen.

Mexiko, 2. Febr. [Gerüchte von spanischem Einfluß; die Rirchengüter und ihre amerikanische Käufer; Comonfort.] Nach einer in Mexiko sehr verbreiteten Meinung ist die jüngste Revolution durch den Einfluß und das Geld Spaniens zu Stande gebracht worden und man glaubt, daß Zulaga nur einwillig zum Präsidenten gemacht worden sei, um den Bedürfnissen des ersten Augenblicks zu genügen, daß er aber bald dem Senor Osollo, einem Manne von großer Energie und Charakterfestigkeit, und der dem spanischen Interesse blindlings ergeben ist, Platz ma-

den wird. Es ist ferner das Gerücht verbreitet, daß an den mexikanischen Gesandten in England, Almonte, die Instruktion gesandt worden ist, die Vermittlung Englands und Frankreichs in der spanisch-mexikanischen Frage fortan aufzuheben zu lassen und die nöthigen Vorbereitungen für die Besetzung Mexiko's durch eine spanische Legion, welche die Regierung Sfollo's unterstützen soll, zu vervollständigen. Diese Gerüchte, die sogar so weit gingen, eine große Anzahl Spanier als unmittelbare Theilnehmer an dem Kampfe darzustellen, hatten einen so allgemeinen Glauben gefunden, daß der spanische Generalkonsul in Mexiko, Sennor Escalante, sich gedrungen fühlte, ihnen offiziell zu widersprechen. Diese Ablehnung fand jedoch in einer so künftigen Weise statt, daß sie dem, was sie widerlegen wollte, nur noch mehr Stärke verlieh. „Diejenigen Spanier“, heißt es darin unter Anderem, „welche an den politischen Veränderungen des Landes Theil nehmen und in die Reihen des mexikanischen Militärs treten, hören von selbst auf, spanische Unterthanen zu sein und werden Mexikaner, wie es der Fall mit den Wenigen gewesen ist, welche sich an den früheren Bewegungen betheiligt hatten.“ — Inzwischen hat die liberale Partei sich rüstig ans Werk gesetzt, jetzt, da sie das Heft der Regierung in ihren Händen führt, alle Dinge nach ihren Wünschen und Interessen zu gestalten. Das Gesetz, durch welches vor ungefähr einem Jahre das Kirchengut konfiskirt worden, ist widerrufen und in Folge dessen all das Eigenthum, welches damals verkauft und von Privatbürgern mit barem Gelde bezogen worden, der Kirche zurückgestellt worden, und die Unglücklichen, welche solche Befugnisse erstanden hatten, finden, daß sie mit dem Gelde, welches sie in diese Güter angelegt zu haben glaubten, einfach bloß der wahrhaftig für immer verschundenen Comonfort'schen Regierung das Leben geschenkt hätten. Außerdem sind noch die geistlichen und militärischen Güter in der vollen Ausdehnung, welche sie am 1. Jan. 1853 hatten, wieder hergestellt, der oberste Gerichtshof, wie er bis zum Sturze Santa Anna's bestanden, ist wieder ins Leben gerufen und seine damaligen Beamten wieder eingesetzt worden und so ist mit einem Strich der Plan von Axtla, das Rep-Verbo, das Rep-Zuarez ins Reich der Vergessenheit geworden. Nach einer Mittheilung aus Mexiko im „New-York-Herald“ befürchtet man, daß das Dekret Zuloaga's, welches die veräußerten Kirchengüter dem Klerus zurückgibt, bedenkliche Zwistigkeiten veranlassen wird. Es sollen nämlich von Amerikanern für 12 Mill. Doll. solcher Kirchengüter im vorigen Jahre angekauft worden sein und zwar, nachdem sie dieselben von dem amerikanischen Gesandten, Hrn. Forsyth, die Versicherung hatten gegeben lassen, daß die Veräußerung in durchaus loyaler Weise erfolge und daß, falls das Veräußerungsgeld wieder aufgehoben werden sollte, die Käufer rechtlich begründete Entschädigungsansprüche haben würden. — Der Expräsident von Mexiko, Comonfort, wird in Washington erwartet und zwar, wie aus einer Andeutung des „New-York-Herald“ hervorgeht, scheint, zum Behufe einer Unterredung mit mehreren dort sich aufhaltenden Freireisenden, die mit der Vorbereitung einer sehr geheim gehaltenen Expedition beschäftigt sein sollen.

— [Die Lage.] Zuloaga mit seiner Aufhebung des Desamortisationsgesetzes ist noch weit entfernt, eine gesicherte Stellung einzunehmen. Außer der Hauptstadt haben allerdings auch die kleineren Städte und Ortschaften des Staates Mexiko, so wie die des Staates Puebla sich für ihn erklärt; Mexacan, Guanajuato, Queretaro, Saltillo und San Luis Potosi gegen ihn. Von den übrigen Staaten fehlt noch jede Erklärung, was unter Anderem zur Folge hat, daß die neue Regierung über die Zollentnahme von Veracruz nicht verfügen kann. Indessen ist derselben von reichen Privatleuten, unter Garantie der Geislichkeit, eine Anleihe im Betrage von 1½ Millionen vorgestreckt worden. Der Sitz der Gegenregierung unter Juarez, dem verfassungsmäßig zur Präsidenschaft berufenen Chef des obersten Gerichtshofes, ist Guanajuato. Die Geschäfte liegen still, und den Inhabern von Waarenbeständen stehen schwere Verluste bevor, da die jetzt an der Ost- und an der Westküste ankommenden Waaren sämtlich mit einem Zollabzug zugelassen werden, an der Nordgrenze, nach den Verein. Staaten zu aber eine jede Art von Veräußerung aufgehört zu haben scheint. Schon seit dem vorigen Frühjahr werden hier auf eine heillose Weise Waaren über den Rio Bravo eingeschleppt. Sie passiren meistens mit der Erlaubnis der Gouverneurs, die sich damit Geldmittel beschaffen, gegen bedeutend ermäßigte Zölle über die Grenze und finden unter dem Scheine, als ob dabei Alles gesetzlich zugehe, den Weg bis zur Hauptstadt, wo sie trotz des viel weiteren Landweges, wegen der gemachten Zollparnisse, zu beträchtlich wohlfeileren Preisen losgeschlagen werden, als die Waaren, welche über Veracruz kommen und den vollen gesetzlichen Zoll gezahlt haben. Die Regierung, die mit der Bekämpfung der Revolution vollauf zu thun hat, fand bis jetzt keine Zeit, dies Unwesen abzustellen, obgleich sie mit darauf bezüglichen Witschriften des Handelsstandes von Veracruz, Tampico und Mexiko befüßt wird. (P. C.)

Montevideo. — [Der Bürgerkrieg] in der Banda Oriental bildet nur einen Theil der Verwickelungen, die in Südamerika theils schon bestehen, theils dem Ausbruche nahe sind, und in allen diesen Verwickelungen ist das unruhige Buenos Ayres betheiligt. Zunächst steht das Begierde trotz und drohend der argentinischen Konföderation, von der es nur eine Provinz bilden sollte, gegenüber, und hegt noch immer den Siegeswunsch, dieselbe sich zu unterwerfen und in ihr das herrschende Haupt zu bilden. Sodann steht es in dem Streit zwischen Paraguay und Brasilien auf der Seite des Ersteren, während Brasilien mit der argentinischen Konföderation ein Feind- und Schutzbündnis abgeschlossen hat. Endlich hat Buenos Ayres auch seine Hände in dem Zwist der gegenwärtig im orientalischen Bunde ausgebrochen ist. Die Interventionsgelüste der benachbarten Staaten haben wenigstens in dem Zwist des letzteren Bundes mitgewirkt; wenn sie ihn auch nicht hervorgerufen haben, so haben sie ihn doch für ihre Zwecke benutzt. Hinter der Regierung steht Brasilien, hinter den aufständischen Colorado's, den Farjigen, Buenos Ayres. Als Südamerika noch spanisches und portugiesisches Kolonial-Eigenthum war, war der orientalische Freistaat fortwährend der Zankapfel der beiden Kronen Spanien und Portugal, und bald von der einen, bald von der anderen besessen. Diese Tradition hat sich auch nach der Emanzipation Brasiliens von Portugal und der Plataländer von Spanien erhalten. Der Diktator Rosas und Brasilien machten sich den Einfluß in diesen Ländern streitig und jetzt, nach der Vertreibung des Rosas, setzen seine zur Herrschaft gelangten Gegner seine Politik fort. (Z.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Bei der am 15. März d. J. stattgefundenen Wahl haben die Stadtverordneten in Koblenz den dortigen Bürgermeister Cadenbach als zu präsentirenden Vertreter der Stadt Koblenz im Herrenhause erwählt.

Haus der Abgeordneten.

Den Schluß der Verhandlung am 12. d. bildeten Petitionen, die meist nach den Anträgen der betreffenden Kommissionen ihre Erledigung fanden. Aus der Provinz Posen befanden sich die nachstehenden darunter (deren einiger wir ihrem Resultate nach schon kurz in Nr. 61 gedacht haben. D. R.).

I. Es haben sich wegen Verbesserung ihres Dienstverdienstes petitionirend an das Haus der Abgeordneten gewendet: 1) Der Rentamtsdiener und Buchhalter Kaspar Heinrich Göde zu Weische, 2) die Beamten der Gerichtscommissionen I. und II. zu Juchburg, und 3) die Subalternbeamten der Kreisgerichte zu Wöngrowitz, Trzemeszno, Znowracław, Schubin, Bromberg, Posen, Schneidemühl und Schönlank. Sämmtliche Petenten schildern ihre Lage als in hohem Grade elend und hilfsbedürftig und suchen nachzuweisen, wie der gesunkene Werth des Geldes und die gestiegenen Preise aller Lebensbedürfnisse es ihnen unmöglich machen, auch bei den gewöhnlichen Ansprüchen mit ihrem Dienstverdienst den Unterhalt zu verschaffen. Der sub 1. genannte Petent ist mit seiner aus einer stets kranken Frau und drei noch schulpflichtigen Kindern bestehende Familie seiner Angabe nach auf ein monatliches Gehalt von 12 Zhlr. 2 Sgr. 6 Pf. zur Befriedigung des Unterhalts angewiesen; die Petenten sub 2., deren Vorstellung an ihrer Spitze den Namen eines Kreisrichters trägt, beziehen Befoldungen zwischen 300 und 600 Zhlr., und das Gehalt der Petenten sub 3. variiert zwischen 300 und 700 Zhlr. Sie führen aus, welche geraume Zeit verfließe, ehe der dem Zustande sich Widmende in den Genuß einer festen Einnahme gelange, wie gering letztere im Vergleich zu der hinterlegten Dienstzeit und dem erreichten Lebensalter sei, und wie dieser Umstand nicht nur am Ende der Dienstzeit läßme, sondern auch jede Freudigkeit am Dienste erlöden müsse. Sie weisen nach, wie es unmöglich sei, in außerordentlichen Fällen, z. B. bei Krankheiten, ohne Schulden das Leben zu fristen, und wie die künftige Befoldung den Beamtenstand bei den übrigen Staatsangehörigen unausbleiblich in Mißcredit bringen müsse. Bei der Berathung des Gegenstandes konnte es nicht unbe-

achtet bleiben, daß bereits in der vorigen Session der gegenwärtigen Legislaturperiode eine große Anzahl ganz ähnlicher Petitionen zur Erörterung gebracht und einzelne Petitionen der Staatsregierung zugestellt worden waren. Wenn hierbei von der Ansicht ausgegangen wurde, daß der Gegenstand das Interesse und die Aufmerksamkeit der Staatsregierung in hohem Grade in Anspruch nehmen müsse, so kann die Kommission diese Auffassung auch jetzt nur adoptiren. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Gehalte eines großen Theils der Beamten, die nach dem früheren Werthe des Geldes und dem damaligen Stande des Preises der nothwendigsten Lebensbedürfnisse bemessen worden sind, mit der Zeit nicht mehr im richtigen Verhältnisse stehen und deshalb eine angemessene Regulirung nach dem jetzigen Stande der Dinge dringend wünschenswerth machen. Die Kommission kann es freilich für ihre Aufgabe nicht erachten, die thatsächlichen Angaben und die Deduktionen der Petenten einer theiellen Prüfung zu unterwerfen, sie muß sogar die Richtigkeit der faktischen Ausführungen dahingestellt sein lassen; sie kann es sich auch nicht verhehlen, daß eine sehr große Anzahl von Beamten gleicher Kategorie, wie die Petenten, in ähnlicher der Mängel bedürftigen Lage sich befinden; wenn aber dem Vernehmen nach es möglich geworden ist, in Folge der erheblichen Steigerung der Einnahmen schon jetzt die Gehalte einer Anzahl von Staatsbeamten zu erhöhen, so glaubt die Kommission in Anbetracht des Umstandes, daß möglicherweise von Neuem eine erhebliche Mehreinnahme in den Staatskassen sich herausstellen konnte, und so die Mittel zur Abhilfe des Nothstandes der Beamten ein hinaufgreifen in höhere Klassen des Beamtenstandes gestatten, den Antrag für gerechtfertigt erachten zu dürfen: „das Haus wolle beschließen, die eingegangenen Petitionen der k. Staatsregierung zuzustellen.“

II. Der Bürger, Seifenfabrikant Anton Wabner aus Xions petitionirte bei dem Hause der Abgeordneten um eine Entschädigung für den am 29. April 1848 erlittenen Schaden, welchen er durch Plünderung vom Militär erlitten habe. Dem Bittgesuche des W. liegen Atteste des Magistrats und des Predigers von Xions bei, welche das Faktum bestätigen, daß er nach dem Gesetze bei Xions am 29. April 1848 von den Soldaten ausgeplündert worden sei, und dies eine Zerrüttung seiner Vermögensumstände veranlaßt habe, er hat den Schaden auf die Höhe von 4942 Zhlr. ridlich angegeben. Der Petent hat zwei Wege, um Entschädigung zu erlangen, einge-schlagen: 1) den Gnadenweg durch Immmediatgesuch. Er ist aber wiederholt auf Befehl Sr. Majestät zurückgewiesen, und damit ist dieser Weg erledigt. 2) den Rechtsweg durch eine Klage gegen den Militärstand. Damit ist er durch Dekret des Kreisgerichts zu Posen vom 7. Februar 1857 zurückgewiesen. In diesem Dekret ist ihm gesagt, daß der Militärstand für die Handlungen der Soldaten nicht verantwortlich ist, sondern er den Befehlshaber derselben, welcher den Befehl zur Plünderung ertheilt, oder die Soldaten, welche geplündert haben, verklagen möchte. Er hat dagegen keine Beschwerde erhoben. Glaubt er jetzt seinen Anspruch im Rechtsweg besser begründen zu können, so muß es ihm überlassen bleiben, denselben zu betreiben, oder gegen das zurückweisende Dekret Beschwerde zu führen. Bittet er endlich um eine Unterstüßung, die ihm in Folge unrichtiger Immmediatberichte vorenthalten sein soll, so liegen diese, welche nach dem Gesuche an das Kabinett Sr. Majestät erstattet, dem Hause nicht vor, und dies hat über eine Unterstüßung nicht zu entscheiden. Deshalb empfiehlt die Kommission dem hohen Hause „über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.“

III. Der Defonomeffomissarius Scholz zu Ruchsen bei Schmiegel erneuert unterm 17. Januar c. seine am 15. April 1857 eingereichte, ihm aber wegen des Schlußes der Session zurückgegebene Petition, wie folgt: „Die k. Staats-Regierung zu bitten, alle Ritter des eisernen Kreuzes an dem von des Hochseligen Königs Majestät in seinem Testament für die Ritter und Inhaber des eisernen Kreuzes beider Klassen ausgelegten Legate von 500,000 Zhlr. Theil nehmen zu lassen; und wenn man die jetzt bestehenden Sätze in derselben Höhe beibehalten wolle, das Fehlende aus anderen Fonds zu ergänzen; andererseits aber in dem Falle, daß die k. Staats-Regierung diesem Antrage nicht beistimmen wolle oder könne, dieselbe zu erlösen: „eine anderweitige Ausgleichung in dieser Angelegenheit anzubahnen, und entweder die Bestimmung zu treffen, daß jedes Jahr andere Ritter diesen Zuschuß erhalten, und diejenigen, welche ihn schon eine Reihe von Jahren genießen, ihn vorläufig gänzlich verlieren, oder daß jener Zuschuß nur solchen ausbezahlt werde, die ohne Vermögen sind, und sich in authentisch bedrängter Lage befinden; oder daß das Kapital an diejenigen vertheilt werde, die bis jetzt noch gar nichts erhalten haben, und daß der Satz der ersten Klasse von 150 Zhlr. ebenfalls auf 50 Zhlr. herabgesetzt werde, da diese Zulage überhaupt mehr ein Ehrensold sei und die Inhaber der ersten Klasse meistens hochgestellte Personen sind, die entweder eigenes Vermögen oder bedeutende Einnahmen haben.“ Nachdem die Kommission hieraus Veranlassung genommen, sich über die etwaige Existenz des oben angebotenen Allerhöchsten Legats nähere Kenntniss zu verschaffen, hat sie als Erfolg dieses Schrittes die Ueberzeugung gewonnen, daß die von dem Petenten aufgestellte Behauptung wegen des Legats sich als unbegründet erweist. Aus diesem Grunde findet sich die Kommission betrogen, hinsichtlich dieser Petition „dem Hause die Tagesordnung zu empfehlen.“

IV. Der Vorstand der Mälerininnung zu Ratibz richtet sich in einer Petition vom 21. Januar d. J. an das Haus der Abgeordneten mit der Bitte, die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 2. April 1852 zur Ergänzung des Wahl- und Schlachtsteuergesetzes vom 30. Mai 1820 für die Stadt Ratibz auszusprechen, oder dagegen die Einführung der Klassensteuer in Antrag zu bringen. Zur Motivirung dieses Antrages wird angeführt, daß zur Ausführung des Gesetzes vom 2. April 1852, wonach das zum Vermögen bestimmte Getreide nur auf Grund eines von der Steuerbehörde ausfertigten Befreiungsscheines zur Mühle befördert und gemahlen werden dürfe, die engere Mühlenkontrolle eingeführt sei, wodurch nicht nur erhebliche Erschwernisse für die Mäler wegen der engeren Befreiung ihrer Mühlen von der Stadt herbeigeführt werden, sondern auch das Wohlthum von Auswärts, namentlich von Lande und den kleinen umliegenden Städten den Mälern der Stadt Ratibz entzogen werde. Eben so werde der Abzug ihres Fabrikats nach Auswärts ganz abgeschnitten werden; und da die Einwohner von Ratibz nicht so viel Mehl konsumiren, als sie zu fabriziren im Stande seien, so würde der größte Theil der Mäler das Gewerbe einstellen müssen, um so mehr, als in den benachbarten Gegenden in der Entfernung von 2—3 Meilen neuerdings zwei Dampf-mühlen entstanden seien, aus denen bereits jetzt ein Theil der Bäder das Mehl beziehe. Zur Befriedigung dieser Uebelstände empfehlen Petenten zunächst die Einführung der Klassensteuer, wodurch einerseits die Einwohner nach Maßgabe ihres Einkommens besteuert und andererseits die Erhebungskosten sich verringern würden. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß durch Einführung der engeren Mühlenkontrolle, resp. durch die zur Ausführung derselben erforderliche Anstellung mehrerer Aufsichtsberechtigten für den Gistus mehr Ausgaben verursacht würden, als die Mehreinnahmen voraussichtlich betragen werden. Schließlich wird angeführt, daß die Stadt Ratibz verschiedene Schul-, Kirchen- und Hospitalfonds besitze, und aus diesem Grunde wohl den Verlust des Wahlsteuerbeitrags ertragen könne.

Nachdem in Folge der bringendsten Reklamationen der Stadt Ratibz die in dem Gesetzentwurfe vom 13. Debr. 1853 bereits vorgeschlagene Einführung der Klassensteuer in dieser Stadt an Stelle der Wahl- und Schlachtsteuer durch Beschluß der damaligen Zweiten Kammer im Einverständnis mit dem Finanzminister unter Berücksichtigung der finanziellen Nachteile, welche aus der Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer, resp. durch Verlust des Wahlsteuerbeitrags und des Kommunalzuschlags (zusammen etwa 5000 Zhlr. jährlich), die notorisch eine Kommune treffen würden, abgewendet war, haben die Gewerbetreibenden, welche von der Wahl- und Schlachtsteuer vorzugsweise betroffen werden, bereits wiederholt um Aufhebung dieser Steuer petitionirt, zuletzt unterm 1. Dez. 1854; es wurde jedoch nach dem Antrage der Kommission und im Einverständnis mit der Staatsregierung, welche namentlich hervorhob, daß die Einnahmen aus der Wahl- und Schlachtsteuer in Ratibz sich in Folge strengerer Kontrollmaßregeln so sehr gehoben hätten, daß die Einnahme aus der Klassensteuer derselben nicht mehr würde gleichkommen können, über die Petition zur Tagesordnung übergegangen.

In allen diesen Verhältnissen hat sich seit jener Zeit bis jetztin anscheinend nichts geändert, wenigstens ist dies nicht behauptet worden, und kann daher um so weniger Anlaß genommen werden, den Antrag der Petenten wegen Einführung der Klassensteuer irgendwie zu empfehlen, als sie lediglich im Interesse eines einzelnen Standes petitioniren, und die Erfahrung leider gelehrt hat, daß andere städtische Kommunen nach Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer durch die Ueberlastung mit direkten Abgaben dem Ruine entgegengeführt worden sind. Was die Aufhebung der engeren Mühlenkontrolle betrifft, so wird nicht verkannt, daß Petenten durch Einführung dieser Maßregel in ihrem Gewerbebetriebe sehr erheblich benachtheiligt sein würden. Hiergegen wurde Namens der Regierung Folgendes erklärt: „Die spezielle

Kontrollirung der bei Ratibz gelegenen Mälen habe zwar für unabwendbar erachtet werden müssen, die Regierung habe jedoch beschlossen, bei deren Ausführung eine Erleichterung durch Zulassung von Ortsatteen statt der Steuerheine für das Landgemahl eintreten zu lassen, welche die Klagen der Mäler im Wesentlichen befriedigen werden.“ Da nach dieser, von dem Regierungskommissarius ertheilten Auskunft nachgegeben wird, daß das auswärtige Wohlthum auf Grund von Atteen der Ortsbehörden ohne Verpfändung zur Anmeldung und Vermiegung bei der Steuerbehörde direkt zu den Mälen befördert und das Gemahl zurückgeführt werden dürfe, so läßt sich eine Fernhaltung der auswärtigen Wohlthum von den städtischen Mälen nicht mehr befürchten. Unter diesen Umständen hält die Kommission das Interesse der Petenten genügend berücksichtigt und empfiehlt über die ganze Petition „den Uebergang zur Tagesordnung.“

Nachträglich unterm 17. Febr. c. wird von den Petenten Abschrift eines Bescheides des Finanzministers vom 7. Febr. c. überreicht, wonach es von Seiten des Begierden nicht für statthaft erachtet werden kann, der Einführung der Klassensteuer in Ratibz zur Zeit näher zu treten, auch nach sorgfältiger Erwägung aller hierbei in Betracht kommende Umstände die Ueberzeugung gewonnen sei, die in der Nähe von Ratibz gelegenen Mälen unter spezieller Kontrolle zu stellen; hinsichtlich des Landgemahls jedoch eine Erleichterung nachgegeben sei, welche die von der Mälerininnung angebotenen Uebelsstände im Wesentlichen befriedigen werde, worüber das Nähere sich aus dem alsbald zur Publikation gelangenden Wahl- und Schlachtsteuerregulativ für die Stadt Ratibz ergeben werde. Petenten finden sich hiermit nicht befriedigt, führen wiederholt an, daß ihnen durch Ausführung des Gesetzes vom 2. April 1852 die bis jetzt noch geringen Verwendungen nach Auswärts nächst dem Wohlthum der Klassensteuerpflichtigen Orte total abgeschnitten werden, und bleiben bei ihrem Antrage stehen, die Anwendbarkeit dieses Gesetzes für die Stadt Ratibz auszusprechen. Bei Abfassung dieser erneuerten Petition ist den Petenten augenscheinlich die Maßregel nicht bekannt gewesen, welche die Regierung zu ihrer Erleichterung nach dem letzten Bescheide zu treffen beabsichtigt und welche voraussichtlich geeignet sein wird, den Mälern zu Ratibz das Wohlthum der umliegenden Klassensteuerpflichtigen Ortschaften zu erhalten. Jedenfalls wird der Erfolg dieser Maßregel erst abgewartet werden müssen, und empfiehlt die Kommission daher auch über die nachträgliche Petition „den Uebergang zur Tagesordnung.“

Das Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten hat die Regierung zu Posen und Bromberg angewiesen, sämmtliche Mittergutsbesitzer nach Maßgabe ihrer Einkommensteuer und ihres Grundbesitzes für Bau und Unterhaltung der Elementarschulen gleich andern Hausvätern der Schulbezirke heranzuziehen. Mehr als hundert Mittergutsbesitzer der Provinz Posen haben sich in fünf Petitionen über jene Maßregel beschwert und fordern Befreiung von der ihnen neuauferlegten Steuer, ebent. Eröffnung des Rechtsweges im Wege der Geseggebung. Nach dem vorliegenden Kommissionsberichte hat der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten zu der Angelegenheit folgende Erklärungen abgegeben: In dem größten Theile des Staates beständen provinzialrechtliche Bestimmungen, nach welchen die Beitragspflicht zur Unterhaltung der Elementarschulen zu beurtheilen sei. In der Provinz Posen seien aber dergleichen Vorschriften nicht vorhanden und die Kosten zu dem gedachten Zweck daher nach den Rechtsgrundsätzen des Allgemeinen Landrechts aufzubringen. Nach diesen (§§. 29. 34. Theil II. Tit. 12) seien sämmtliche Hausväter der Schul-Bezirke beitragspflichtig, nur die Gutsverwalter, deren Pflichten besonders festgesetzt seien (§. 36 a. a. O.) wären eximirt. Den Beschwerdeführern stände aber diese Exemption nicht zu, weil ihnen die erwähnten besonderen Patronatspflichten nicht oblagen, sie bemäht, wenn sie nicht als Hausväter beitragspflichtig wären, jeder Besteuerung zur Unterhaltung der Schulen entzogen sein würden. Ein solches Privilegium stände ihnen aber nicht zu, wie dies auch schon in dem Ministerialreskript vom 30. Oktbr. 1837 anerkannt sei. Er werde indeß für die nähere Prüfung und Erörterung der Beschwerden sorgen. Der Rechtsweg ist nach der weiteren Erklärung des Ministers bezüglich der in Rede stehenden Beitragspflicht nach endgültigen Entscheidungen des Gerichtshofes für Kompetenzkonflikte ausgeschlossen. Diese Thatsache hat auch die Kommission anerkennen müssen. Dem Rechtsweg durch besonderes Gesetz zu erschließen, findet sie sich nicht in der Lage vorzuschlagen, hält die Beschwerden aber für begründet. Nach der Erörterung der bezüglichen Geseggebung kommt sie zu dem auffallenden Schluß, daß die Mittergutsbesitzer dadurch, daß sie Hausväter einer Ortschaft sind, noch nicht Hausväter der drilichen Gemeinde werden, welcher sie das Gesetz als Oberrichter übergeordnet habe, und beschließt, unter Bezugnahme auf ein Ministerialreskript vom 24. April 1842, das die Schulunterhaltungsbeiträge für Kommunalabgaben erklärt, einstimmig, die Ueberweisung der Petitionen an die Regierung zur Erwägung vorzuschlagen. — Die Petition der Stadtbehörden von Kempen, welche das Haus um Befreiung eines von denselben an das Staatsministerium gerichteten Gesuches um eine Realakute, Fortsetzung des Schauspiels bis zur polnischen Grenze, Verleihung einer Garnison, Wiedereinführung der Wahl- und Schlachtsteuer angeht, wird zwar als thatsächlich begründet anerkannt, von der Kommission aber um Uebergang der Tagesordnung empfohlen, weil es der Stellung des Hauses nicht entspreche, sich in die Diskussion von an die Staatsregierung gerichteten Anträgen zu mischen. — Gleiches Schicksal hat eine wiederholte, aus früheren Erörterungen bekannte Petition der Mäler-Innung zu Ratibz um Befreiung der Mälenkontrolle (s. vollständig oben).

Posales und Provinzielles.

Posen, 18. März. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preussische Monarchie bedeutendsten Marktschäden im Monat Februar 1858 nach einem monatlichen Durchschnitt in preuß. Sgr. und Scheffeln werden vom statistischen Bureau nachstehend angegeben für folgende Städte der Provinz Posen: 1) Posen: Weizen 62½, Roggen 38, Gerste 38½, Hafer 29, Kartoffeln 13½; — 2) Bromberg: Weizen 66½, Roggen 37½, Gerste 32, Hafer 27½, Kartoffeln 16½; — 3) Krotoschin: Weizen 62½, Roggen 34½, Gerste 36, Hafer 30½, Kartoffeln 8½; — 4) Fraustadt: Weizen 65½, Roggen 39½, Gerste 38½, Hafer 29½, Kartoffeln 11; — 5) Osnien: Weizen 64½, Roggen 34½, Gerste 36½, Hafer 29, Kartoffeln 15½; — 6) Ratibz: Weizen 64½, Roggen 38½, Gerste 36½, Hafer 32½, Kartoffeln 10½; — 7) Elisa: Weizen 58½, Roggen 39½, Gerste 38½, Hafer 30½, Kartoffeln 11; — 8) Kempen: Roggen 32, Gerste 29½, Hafer 28½, Kartoffeln 14. — Die Durchschnittspreise der bedeutendsten Marktschäden der Monarchie waren: der 13 preussischen Städte pro Scheffel in Silbergrößen: Weizen 66½, Roggen 35, Gerste 33½, Hafer 24½, Kartoffeln 16½; der 8 posenschen Städte: Weizen 63½, Roggen 36½, Gerste 35½, Hafer 29½, Kartoffeln 12½; der 5 brandenburgischen Städte: Weizen 72½, Roggen 46½, Gerste 44½, Hafer 37½, Kartoffeln 14½; der 5 pommerischen Städte: Weizen 70½, Roggen 43½, Gerste 39½, Hafer 31½, Kartoffeln 17; der 13 schlesischen Städte: Weizen 65½, Roggen 41½, Gerste 36½, Hafer 30½, Kartoffeln 11½; der 8 sächsischen Städte: Weizen 65½, Roggen 54½, Gerste 44½, Hafer 37½, Kartoffeln 16½; der 4 westfälischen Städte: Weizen 72½, Roggen 51½, Gerste 48½, Hafer 36, Kartoffeln 20½; der 15 rheinischen Städte: Weizen 70½, Roggen 52½, Gerste 47½, Hafer 36½, Kartoffeln 21½.

Posen, 18. März. [Symphonie-Soirée.] Die unfehlbare Wechselwirkung zwischen Publikum und Künstlern; der in seinen Grundursachen noch unerforschte, in seinen Wirkungen aber klar sich manifestirende geheimnißvolle Strom, der zwischen den beiden Faktoren künstlerischen Genusses, den Gebenden und den Empfangenden, hin- und herwogt, und wenn es ihm gelingt, an beiden Ufern gleiches Niveau herzustellen, jenen zauberischen Gesamteindruck hervorruft, der die Künstler in vollster Begeisterung das möglich Vollendetste leisten läßt, und den empfänglichen Zuhörern den ungetrübten höchsten Genuß bereitet: dieser

(Fortsetzung in der Beilage.)

geheimnisvolle sympathische Strom hat sich als unentbehrliches Ingredienz der künstlerischen Wirkung auch gestern Abend wieder erwiesen. Dieser diesmal negativ, durch seine Abwesenheit, oder doch durch eine sehr schwache und gehemmte Stimmung, die erst gegen das Ende hin, bei der Freischütz-Ouverture, zu kräftigerem Wellenschlage sich erhob, wesshalb denn auch diese Schlussnummer, von eifriger Kleinigkeiten abgesehen, unbedingt in der Ausführung die gelungenste war. Das Publikum war zu zahlreich erschienen, als daß die Künstler sich ganz unter sich hätten fühlen können; andererseits doch viel zu wenig zahlreich, um sich schon an und für sich die nothwendige Begeisterung zu erzeugen. Die Ausführung der Ouverture zu „Alhalla“ war an sich recht lobenswerth, wenn wir auch eine größere Präzision der Einsätze z. B. gewünscht hätten, da die Akkorde hier, wo sie wie die erzgeoffenen Säulen eines hehren Tempels sich erheben, gleichmäßig fest erschallen müssen, ohne jedes Gefühl und ohne das geringste Schwanken in ihrem Auftreten wie in ihrer gegenseitigen Entwicklung und Verbindung. Es mag an diesem Mangel mit gelegen haben, daß wir wohl einzelne sehr befriedigende Stücke, aber nicht die volle Einwirkung eines in sich vollkommen geschlossenen Gesamtgemäldes empfingen. Es hätte die Ouverture, noch mehr aber Beethoven's F-dur-Symphonie unbedingt noch einer Probe bedurft, und es bleibt schmerzhaft zu beklagen, daß die Verhältnisse gerade in diesem Punkte hier oft dem besten Willen unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellen. Die Ausführung der Symphonie hat uns diesmal in vielen Stücken, insgesammt und im Einzelnen, nicht befriedigt. Es fehlte dem Ganzen die nöthige Ruhe, weil die vollkommene künstlerische Sicherheit, die Befriedigung des materiellen Toninhalts nicht überall errungen war: wir hörten eben eine Generalprobe. Der erste Satz war uns etwas zu langsam, dem zweiten fehlte die scharf ausgeprägte Charakteristik der Kontraste zwischen den Staccato- und Legatosätzen, welche letztere bei weitem getragen und verschmolzener, mit breiterer Tonfülle und gleichmäßigem Fortschritt ausgeführt werden müssen. Im dritten Satze mangelte die volle Präzision der Einsätze z. B. in den kleinen, an sich so bedeutenden imitatorischen Solos der Bläser, und von dem interessanten Violoncellsolo haben wir nichts gehört. Der letzte Satz gelang unsers Erachtens noch am Besten. Wir müssen uns schon trösten. Es war nun eben gestern kein dies faustus, und das „Glück“, die launische Göttin, hat nun einmal auf dieser künstlerischen Produktion einen sehr entschiedenen Einfluß, wie jeder Kundige weiß und wie die Erfahrung selbst bei den ausgezeichnetsten Künstlerkreisen lehrt. Es gelingt an solchen „schwarzen Tagen“ auch beim besten Willen, beim Aufgebote aller Kräfte nicht, und daß auch gestern allseitig bester Wille, jede mögliche Kraftanstrengung angewendet worden, daran zu zweifeln, haben wir nicht den leisesten Grund.

Dr. J. S.

S — [Konzert und Theater.] Der k. Musikdirektor A. Vogt veranstaltet am nächsten Sonnabend, den 20. d., im Logenraum eine musikalische Soirée. Was wir bisher von dem Programm erfahren, das in mannichfacher Abwechslung Gesangsvorträge (ein- und mehrstimmig), so wie Vorträge für Piano und Saiteninstrumente bringen dürfte, läßt darauf schließen, daß die Soirée eine angenehme Unterhaltung im Salonstil den Musikfreunden bieten wird, und wir möchten diese um so lieber zu recht zahlreicher Theilnahme veranlassen, als

das Ende der Saison mit starken Schritten herannahet, und also die Gelegenheit, derartig sich zu erfreuen, vorläufig nicht oft mehr geboten werden dürfte.

Gleichzeitig geht uns die Notiz zu, daß ebenfalls am Sonnabend die Gesellschaft „Alhalla“ die letzte Theatervorstellung dieser Saison in ihrem Lokale für ihre Mitglieder veranstaltet, und dieselbe zu einer Vorfeier des Geburtstages Sr. K. H. des Prinzen von Preußen, und gleichzeitig des Dienstjubiläums des kommandirenden Generals Grafen v. Waldersee Erz., durch einen Festprolog mit entsprechendem Bilderschnitt z. recht festlich zu veranstalten gedenkt.

— [Fahrmarktsverlegung.] Der auf den 29. März c. anberaumte Fahrmarkt in der Stadt Dobrycha, (Kr. Sämter), ist auf den 6. Mai c. verlegt worden.

— [Erledigt.] Die zweite Lehrerstelle an der evang. Schule zu Mur. Goslin, die evang. Schullehrerstelle zu Patowke (Kr. Kröben), die kath. Lehrerstelle zu Raumannshof (Kr. Schildberg), die kath. Schullehrerstelle zu Protowow (Kr. Pleschen), die dritte kath. Schullehrerstelle zur Jerkow (Kr. Wreschen), die dritte kath. Schullehrerstelle zu Grabow (Kr. Schildberg) und die kath. Schullehrerstelle zu Porajhn (Kr. But.). Der Schulvorstand hat bei sämtlichen Stellen das Präsentationsrecht.

Posen, 18. März. [Polizeibericht.] Gestohlen ein messingener Mörser mit Stöbel. — Als muthmaßlich gestohlen und abgenommen eine goldene Repetiruhr mit Emaille-Zifferblatt. — Am 11. d. ist in der Baderstraße ein gestohenes Taschentuch und ein Kragen verloren gegangen.

§ Bromberg, 17. März. [Feuer; Reklamationen; Theater; Diebstähle; Poudrette.] In der Nacht zum 14. d. brach bei dem Händler R. Feuer aus; das brennende Haus, ziemlich haufällig, wurde niedergegerissen und dadurch dem weiteren Umschgreifen des Feuers Einhalt gethan. Die Entstehungsart des Brandes ist bis jetzt noch nicht ermittelt. — In Bezug auf den Brand des Hiesigen Hauses, November pr., bei dem viele Bürger (circa 600 an der Zahl) wegen Nichterscheinens beim Löschern, wie gemeldet, von dem Magistrate in Geldstrafe genommen sind, gehen sehr viele Reklamationen ein. Es sind nämlich erwiesenermaßen auch Personen verurtheilt, welche thätig zur Unterdrückung des Feuers mitgewirkt haben und nur bei der üblichen Verlesung der Namen auf der Brandstelle nach dem Feuer nicht mehr anwesend waren.

— Der Balletmeister Carlo de Pasqualis hat mit seiner Tänzergesellschaft bisher zwei Vorstellungen im Theater gegeben und vielen Beifall geerntet. Bei der ersten Vorstellung ereignete sich in der Damengarderobe ein Unfall, der sehr leicht ernste Folgen hätte nach sich ziehen können. Es war nämlich die Ofenröhre zu früh geschlossen, und der dadurch erzeugte Kohlendampf hatte auf die sich in einer Pause umkleidenden Damen so schädlich gewirkt, daß dieselben, als sie das Zimmer verließen, betäubt zu Boden sanken. Schnelliger Hülfe gelang es, sie bald wieder herzustellen und die Vorstellung erlitt keine Störung; es wurde nur die Pause etwas verlängert und eine Nummer ausgelassen. — In der vorigen Woche wurden vor der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts in einer Sitzung 19 Diebstahlsachen, unter denen sich 14 Untersuchungen wegen Holzdiebstahls befanden, welche alle mit Bestrafung der Angeklagten endeten, verhandelt. — Bei der Poudrettenfabrik von Wildt in Großwo, unweit der Stadt, gehen gegenwärtig sehr zahlreiche Befestigungen von außerhalb auf Poudrette ein, da man mit diesem Düngungsmittel, wie die Erfahrung gelehrt, recht zufrieden ist.

Redaktions-Korrespondenz.

Nach Bromberg. Für dergleichen anonyme Artikel, die nach Form und Inhalt sich selbst charakterisiren und auf sehr eigenthümliche Begriffe von Anstand und Sitte schließen lassen, haben wir nur ein abschließendes Mittel. Unser Ansicht nach, die vielleicht nicht überall getheilt wird, kann eine an-

ständige Redaktion sich damit weiter gar nicht befassen. Uebrigens gönnen wir Jedem seinen Geschmack. Und wenn nun Jemand am Gemeinen Geschmack findet, so kann ihm das ja unbenommen bleiben; es muß doch Jeder das Recht haben, sich zu zeigen, wie er ist. Das lassen wir ihm gern, denn wir haben nichts mit ihm gemein.

Angekommene Fremde.

Vom 18. März.

HOTEL DU NORD. Gutsbesitzer Graf Joltowski aus Czaj und Frau Gutsbes. v. Gorjenska aus Smielowo; Bevollmächtigter v. Breanski aus Mikoslaw.

SCHWARZER ADLER. Gutsbes. v. Chryznowski aus Chwalowice; Maurer- und Zimmermstr. Müller aus Rawicz; Gutsb. v. Clausen aus Kofien und Frau Blasińska aus Krośno.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Graf Mielicki aus Bunschowo, Graf Biniński aus Samostrzel und v. Morawski aus Lubonia; die Rechtsanwalte Janicki aus Grätz und v. Grabowski aus Sämter; Direktor Wesenberg aus Primmkau; die Kaufleute Heuschert aus Sietlin, Stern aus Elberfeld, Oppenheim, Steinthal, Rindermann und Grönlitz aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Lieutenant und Rittergutsb. Jovanne aus Luffowo; Kaufmann u. Hotelbesitzer Pielich aus Krosen; die Kaufleute Härtel aus Bremen, Poppenheim aus Paris, Heilbron und Siegert aus Breslau.

BAZAR. Probst Wandurski aus Magyik, Partikulier Palechinski aus Bromberg, Defan Pantow aus Inowracław, hies. Beamter Marjanski und Gutsb. Eitner aus Popowice; die Gutsb. Spokorski aus Siernik, v. Poliworowski aus Gola, v. Sczawinski aus Bielewo, v. Krzyzanowski aus Diczynski, Graf Spokorski aus Brodowo, Graf Dabiski aus Kofagowo und Krzyński aus Polen. Oberförster Chmielewski aus Jaraczewo.

HOTEL DE BERLIN. Cand. phil. Wroblewski aus Berlin; Probst Weichmann aus Kozmin, die Gutsb. v. Strzyskowski aus Diczynski und Margraf aus Meseritz, Wirtsch. Insp. Abraham aus Meseritzburg, die Kaufleute Werner aus Bork u. Goldenberg aus Wreschen, Dist. Kommiss. Lindenberg u. Maurermeister. Clemens aus Meseritz.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Gieselski aus Bielawy, Chylenki aus Medogisz, v. Karczewski aus Lubry, v. Karczewski aus Gornotki, Bedkowski aus Gornotki, v. Radonski aus Kofagowogörta u. Dist. Kommiss. Friedrich aus Santomski; Rentier Kunze aus Schubin; Frau Regent Sybalska und Frau Sekretär Barnowska aus Peshern; Gutsb. Branez aus Wieszowo.

WEISSER ADLER. Frau Mühlenbes. Giering aus Mikoslaw, Gutsb. Starke aus Janowo u. Kaufmann Ratz aus Ratel.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Pfeifer, Ehrlich und Eigner aus Neustadt a. W., Danziger aus Gofens, Glauer aus Janowice und Borch aus Kropfen, Bürger Benartowski aus Wreschen und Dr. med. Eigner aus Berlin; die Kaufleute Pittauer aus Polajewo, Bedanowski aus Wreschen, Schreiber aus Schrimm, Sternberg aus Pleschen, Gohn aus Zirk, Glas und Bergas sen. und Dr. med. Meyer aus Grätz.

GROSSE EICHE. Probst Matecki aus Solc und Gutsb. v. Jeromski aus Brzoz.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Gohn aus Grätz u. Oppenheim aus Groß-München, Kammerer Weinick, Gasthofbes. Geisler, Restaurateur Ruffat u. Stadtrat Epulski aus Pinne.

KRUG'S HOTEL. Kaufmann Wottnier aus Karge.

GOLDENES REH. Die Lehrer Andrzejewski aus Dobrycha und Mielicki aus Sośnia.

PRIVAT-LOGIS. Die Stud. theol. Remon aus Berlin, Graben 28, und Voigt aus Berlin, Ritterstr. 5.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Pensions-Anzeige.

Seit dem 1. Januar d. J. habe ich mein Pensionat für Knaben aufgegeben und beabsichtige nunmehr, mir vom 1. April d. J. eine Pension für Mädchen zu errichten.

Indem ich allen Anforderungen zu genügen verspreche und den Preis so billig als möglich stellen werde, darf ich wohl auf einen guten Erfolg rechnen.

Wittwe Auguste Budwig,
Baderstraße Nr. 8 und 9.

Holz- u. Wagen-Auktion.

Montag am 22. März c. und die folgenden Tage Vor- und Nachmittags werde ich auf dem Hofe des hiesigen Grundstückes, Graben Nr. 3b. wegen gänzlicher Räumung des dortigen Holzplatzes,

die dort noch vorhandenen Bauholz-Bestände,

als: trockene Kieferne Jolbretter, ahorne, eichene und Kieferne Bohlen, Kiefernes Kantholz, so wie eichenes und Kiefernes Kreuzholz, in einzelnen Partien gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Um 12 Uhr kommen

ein halbverdeckter Rutschwagen auf Druckfedern, eine leichte Britische, zwei Schlitten.

Stall-Utensilien und Pferdegeschirre zur öffentlichen Versteigerung.

Lipschitz, Königl. Auktionskommissarius.

Importirte Havana-Cigarren.

Von den beliebtesten kräftigen „La Aromatica“ haben wir jetzt eine Sendung empfangen. Wir empfehlen allen Rauchern diese Cigarre auf das Angelegentlichste. Preis 16 Zhr. preuß. Cour. per Mille. Probe-Viertelstücken à 4 Zhr. Der Betrag wird an uns unbekannte Käufer per Postvorschuß entnommen.

Rey & Comp., Hamburg.

Öffentliches Aufgebot.

Das königliche Kreisgericht zu Posen.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 28. Dezember 1857.

Auf dem zu Gutzyn unter Nr. 22 und Babel unter Nr. 11 belegenen, früher der Theophile Wisnack geb. Grubler, und der Albertine Breuer geb. Grubler, jetzt dem Bäcker Rudolph Krug hier gehörigen Grundstücke sind ex decreto vom 29. Mai 1806 auf Grund des Kaufkontrakts vom 3. November 1801 für den Papierfabrikanten Daniel Gotthilf Müller 8000 Zhr. zu 4 Prozent verzinslich Rubr. III. Nr. 1 und ex decreto vom 29. Mai 1806 und 12. Juli 1806 auf Grund der Obligationen vom 24. Juni 1804 und 12. Juli 1806 für den Amtmann Gottlieb Wolfram zu Burschen Rubr. III. Nr. 2. 3200 Zhr. Konstant und 800 Zhr. in Friedrichsdor à 5 Zhr. zu 4 Prozent verzinslich, und Rubr. III. Nr. 4. 3000 Zhr. zu 5 Prozent verzinslich eingetragen.

Bei der Vertheilung der Kaufgelber ist zunächst die Forderung Rubr. III. Nr. 1 von 8000 Zhr. nebst Zinsen mit überhaupt 2161 Zhr. 24 Sgr. 10 Pf. zur Hebung gekommen und damit eine Spezialmasse gebildet worden, weil weder der eingetragene Eigenthümer sich gemeldet noch das ausgefertigte Hypothekendokument vorgelegen hat, übrigens auch die Bezahlung der Post behauptet wurde.

Aus denselben Gründen ist, selbst für den Fall, daß die Stelle Rubr. III. Nr. 1 frei werden sollte, gegen die Zuteilung der Spezialmasse von 2161 Zhr. 24 Sgr. 10 Pf. auf die Posten:

a) Rubr. III. Nr. 2;

b) Rubr. III. Nr. 4

nebst Zinsen, protestirt worden.

Der Papierfabrikant Daniel Gotthilf Müller zu Remnath bei Zielentz und der Amtmann Gottlieb Wolfram, sowie alle diejenigen, welche an die gedachte Spezialmasse und an die über die eingetragenen Posten Rubr. III. Nr. 1, 2 und 4 ausgefertigten Dokumente als Eigenthümer, Erben, Gessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche zu haben verneinen, werden deshalb hierdurch aufgefordert, solche spätestens in dem

am 14. Dezember 1858 Vormittags 9 Uhr vor dem Herrn Gerichtsrath Ribbentrop in unserm Instruktionszimmer anstehenden Termine anzumelden, widrigenfalls sie damit werden präkludirt werden.

Aufnahmeprüfungen für die Realschule.

1) Die Aufnahmeprüfung für die polnische Sexta findet statt Montag den 22. März Vormittags nach 10 Uhr;

2) für die deutsche Sexta Dienstag den 23. März Vormittags nach 10 Uhr.

3) Die allgemeine Aufnahmeprüfung findet statt Donnerstag den 15. April nach 9 Uhr Vormittags.

Brennecke.

Höhere Töchterchule zu Traustadt.

Nachdem diese Anstalt unter meiner ca. 34jährigen Leitung, begünstigt durch die Vorzüge des Ortes in Bezug auf seine gesunde Lage, so wie durch die sich darbietenden Lehrkräfte der hiesigen Realschule und die von den Stadtbehörden gewährte Unterstützung, bereits einen Aufschwung erlangt hat, wie kaum erwartet werden durfte, halte ich es für meine Pflicht, den hohen Adel und das geehrte Publikum von nah und fern zu benachrichtigen, daß zu Ostern c. ein neuer Kursus beginnen wird. Gleichzeitig empfehle ich unter billigen Bedingungen mein Pensionat allen Eltern, denen an einer zeitgemäßen weiblichen und wissenschaftlichen Ausbildung, so wie an einer wahrhaft sittlichen Ueberwachung ihrer Kinder gelegen ist, und ertheile gern zu jeder Zeit nähere Auskunft.

Traustadt, im März 1858.

Mathilde Classen,

Vorsteherin der höheren Töchterchule.

Les Lanciers de la Reine.

Die Vorschriften dieses allgemein beliebten Tanzes habe ich aus Paris erhalten und bin bereit, solchen während meines nur noch kurzen Aufenthalts in Posen in einigen Stunden zu lehren. Anmeldungen nehme ich bis zum 21. d. Mts. entgegen.

Cornel Szczepanski,
Wilhelmsstraße im Kasino.

Zu verpachten.

Eine kleine ländliche Besitzung von 170 Morgen inkl. 18 Morgen sehr schöner Wiesen, 1 Meile von der Chaussee und 1½ Meile von Posen ist mit vollständigem lebendem und todtm Inventarium auf 6 bis 9 Jahre vom 1. Juli c. ab oder auch noch früher zu verpachten und erfahren das Nähere Selbstpächter St. Martin Nr. 15 beim Herrn Thierarzt Martin in Posen.

Färberei-Verpachtung.

Eine im Herzogthum Posen schon seit einer Reihe von Jahren betriebene Färberei in einer Stadt unweit der schlesischen Grenze ist zu verpachten. Zur Pachtung resp. Uebernahme der Bestände in Kessel, Farben zc. sind einige Hundert Thaler erforderlich. Näheres auf portofreie Anfragen pr. Adr. Herrn Hartwig Kantowicz, Posen.

Das Dominium Włosciejewki verkauft Eichen-Ausholz auf dem Stamme jeden Mittwoch, Ausholz in Klaftern aber täglich.

Auf der Probstei in Tarnowo stehen zwei fette Ochsen zum Verkauf.

Ein Transport eleganter lithuanischer Reit- und Wagenpferde ist angekommen bei

R. Krain, Schützenstraße 20.

Zwei gute Arbeitspferde sind Wilhelmsstraße Nr. 1 zu verkaufen.

Echte Cochinchina-Hühner, auch Eier sind Wilhelmsstraße Nr. 1 zu haben.

Stralsunder Spielkarten aus der Fabrik v. d. Ofen empfiehlt Sidor Appel neber der k. Bank.

NDB 17
Zu dem bevorstehenden Osterfeste empfehle ich verschiedene **Bäckwaren** und **Konfekte**.
A. Tomski,
Krämerstraße, vis-à-vis der neuen Brothalle.
Frische Meßlin, Apfelsinen, Citronen.
Savanna-Honig.
Grüne und schwarze Thee's in großer Auswahl à Pfd. 1½ bis 3½ Zhr.
empfiehlt
F. Th. Otto,
Wasserstraße 1, vis-à-vis der Luisenschule.

NDB 17 **Frische Butter** empf. **Kletschoff.**
Nothe, weiße und blaue Kartoffeln werden billig verkauft
gr. Gerberstraße 32, Parterre.
Nadies, von heute ab, so wie eine Auswahl blühender **Tropfgewächse** und **Bouquets** in der vormals Woyd'schen Gärtnerei Königsstraße Nr. 11. **Gärtner Plog.**

Ein Billard,
sehr gut, neu überzogen und mit allem Zubehör, so wie verschiedene **Meubel, Bilder** etc., sind aus freier Hand zu verkaufen.
Joseph Müller, Jesuitenstraße Nr. 11.

Alte Rhein- und Rothweinflaschen kaufen
Gebrüder Tichauer.

Zwei tapezierte möblierte Stuben sind vom 1. April ab zu vermieten Büttelstr. 19, 1 Zr.

Zwei möbl. Stuben sind Magazinstr. Nr. 1 vom 1. April zu vermieten.

Möblierte Stuben sind Wilhelmstraße Nr. 1 zu haben.

Gartenstraße Nr. 16 sind zwei Stuben einzeln oder zusammen, mit oder ohne Möbel, billig zu vermieten.

Große Mitterstraße 1 ist eine Stube, die bis jetzt zum Bureau benutzt worden ist, noch eine große Stube mit Entrée, wo bequem zwei Herren logiren können, und eine einzelne Stube zu vermieten.

Mühlenstraße Nr. 17 im 2. Stock ist eine möblierte Stube nebst Schlafkabinett vom 1. April zu vermieten.

Saubere weiß bezogene Betten sind zu vermieten. Wo? sagt Hr. Binger, Friedrichstr. 20, im Milchseller.

Ein tüchtiger, verheiratheter Brennermeister, welcher sich über seine Qualifikation durch empfehlende Atteste ausweisen kann, wird gesucht und erhält sofort Anstellung durch den Brennermeister **Fr. Ruklinski** in Posen, Schützenstraße Nr. 22.

Ein **Schafmeister** wird für bedeutende Schäfereien mit hohem Einkommen verlangt. Auftrag: **Aug. Götsch** in Berlin, alte Jakobstraße 17.

Ein Kellnerbursche, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet ein sofortiges Unterkommen bei **Gebrüder Tichauer.**

Englische Grammatik
nach **T. Robertson** von Dr. A. Boltz. 3 Theile. Erster Theil 15 Sgr., zweiter und dritter Theil 1 Thlr.

Wir empfehlen diese anerkannt praktische Grammatik den Herren Lehrern zur Einführung beim Schul- und auch beim Privatunterricht. Exemplare sind vorrätig in **Posen** bei **J. J. Heine, Markt 85.**

Berein junger Kaufleute.
Sonabend den 20. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr Vortrag über **Literatur.**

Zur Förderung des dem hochseligen Könige Friedrich Wilhelm III. in Köln zu errichtenden Denkmals sind in Folge des Aufrufs in Nr. 299 der vorjährigen Zeitung, an Beiträgen eingegangen und an den Centralverein in Berlin abgeführt: aus dem Kreise Abelnau 2 Zhr. 5 Pf., aus dem Kreise Graustadt 2 Zhr. 28 Sgr. 3 Pf., aus dem Kreise Czarnikau 1 Sgr.; durch die Bürgermeister: Herr in Roßmin 6 Zhr., Wolff in Borek 1 Zhr. 6 Pf. und Rabok in Schroba 17 Sgr. 6 Pf.; vom Major v. Bredow in Samter 2 Zhr., vom Landrath v. Puttkammer daselbst 2 Zhr., vom Post-Komptoir-Vorsteher Runkowski daselbst 1 Zhr., vom Regierungs-Vizepräsidenten v. Mirbach 3 Zhr., vom Regierungsrath Dr. Ziegert 2 Zhr., vom Polizei-Direktor v. Wärensprung 1 Zhr.
Posen, den 15. März 1858. v. Mirbach.

Familien-Nachrichten.
Heute früh um 8 Uhr erlitt der Herr nach lang-jährigen Leiden unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, die verwitt-wete Prediger Hoffmann geb. Rauß, in einem Alter von 86 Jahren.
Um stille Theilnahme bittend, zeigen wir dies entfernten Freunden und Verwandten hiermit ergebenst an.
Posen, den 18. März 1858.
Ernst Knappe,
Friederike Knappe geb. Hoffmann.
Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags um 3 Uhr vom Trauerhause Graben Nr. 1 aus statt.

New-York-Circus
in der auf dem Kanonenplatze neu erbauten und mit Gas brillant erleuchteten **Arena.**
Donnerstag den 18. März 1858
Vorstellung
der **amerikanischen Kunststreitergesellschaft** in der höheren Reitskunst und **Gymnastik**
mit ganz neuen Abwechslungen.
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
S. Q. Stokes, Direktor.

Morgen Freitag den 12. März 1858
große
außerordentliche Damenvorstellung
zum Benefiz für
Miss Rosina,
welche die Ehre hat, ihre ergebenste Einladung zu machen.

Theater.
Mit hoher Genehmigung werden die Avancierten der hier garnisonirenden Artillerie zur Vorfeier des Geburtstages Sr. R. G. des Prinzen von Preußen, und zum Besten der Invaliden, Militärwitwen und Waisen der Garnison Posen im hiesigen Stadttheater Sonntags, den 21. März zur Aufführung bringen:
Prolog, gedichtet von Mafler (S. Lenz), mit einem der Feier entsprechenden lebenden Bilde. Hierauf: **Die Leibarzte,** Lustspiel in zwei Akten von Maltiz. Sodann: **Der weiße Othello,** Lustspiel in 1 Akt von Friedrich.

Zum Schluß: **Die drei Selden,** Vaudeville-Burleske in 1 Akt von David.
Billetts sind in der Hofmusikalienhandlung von Bote & Bock zu nachstehenden Preisen zu haben: Erster Rang und Sperrsiß 12½ Sgr. Parterre und zweiter Rang 7½ Sgr. — Preise an der Kasse: Erster Rang und Sperrsiß 15 Sgr. Parterre 10 Sgr. Gallerie 3 Sgr.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 18. März 1858.
Woggen (pr. Wispel à 25 Schfl.) wiederum etwas besser, pr. Frühjahr 29½ Zhr. bez., pr. Mai 30 Zhr. bez., pr. Juni 30½—31½ Zhr. bez., pr. Juni-Juli 31½ Zhr. bez.
Spiritus (pro Tonne à 9600 g Tralles) ohne Abänderung, loco (ohne Faß) 13½ Zhr., (mit Faß) pr. März 14 Zhr. Ob., ½ Br., pr. April 14½ Zhr. Ob., pr. Juni-Juli 15½ Zhr. bez., pr. Juni-Juli-August-September 16½ Zhr. bez.

Fonds.		Br.	Ob.	bez.
Preussische 3½ Proz. Staats-Schuldscheine	85	—	—	—
4½ Staats-Anleihe	—	—	99½	—
3½ Prämien-Anl. 1855	—	—	112½	—
Posener 4 Pfandbriefe	—	—	98½	—
Schlesische 3½	—	—	86	—
Westpreuss. 3½	—	—	83	—
Polnische 4	—	—	88½	—
Posener Rentenbriefe	—	—	90½	—
4 Proz. Stadtobligationen II. Em.	—	—	87½	—
5 Proz. Prov.-Schuldsch.-Obligat.	99½	—	—	—
Provinzial-Bankaktien	89	—	—	—
Stargard-Posener Eisenbahn-Stamm-Aktien	—	—	—	—
Oberschlesische Eisenb.-St.-Aktien Lit. A.	—	—	—	—
Prioritäts-Obligat. Lit. E.	—	—	—	—
Polnische Banknoten	—	—	89½	—
Ausländische Banknoten	—	—	—	—

Wasserstand der Warthe:
Posen... am 16. März Vorm. 8 Uhr 2 Fuß — Zoll
17. 8 2 —

Produkten-Börse.

Berlin, 17. März. Wind: West. Barometer: 28½. Thermometer: 4° +. Witterung: veränderlich.
Weizen loco 53 a 66 Rt. nach Qualität, untergeordnete Waare 48 a 56 Rt.
Woggen loco 36½ a 37 Rt. gef. nach Qualität, März 36 a 35½ Rt. bez., März-April 36 a 35½ Rt. bez., p. Frühjahr 35½ a 35½ Rt. bez. u. Ob., 35½ Br., Mai-Juni 35½ a 35½ Rt. bez., Br. u. Ob., Juni-Juli 36½ a 36½ Rt. bez. u. Ob., 36½ Br.
Gerste, große 31 a 37 Rt.
Hafer loco 27 a 33 Rt., Frühjahr 27½ Rt.
Rübel loco 12½ Rt. Br., März 12½ Rt. bez. u. Br., 12½ Ob., März-April 12½ Rt. bez. u. Br., 12½ Ob., April-Mai 12½ a 12½ Rt. bez., Br. u. Ob., Mai-Juni 12½ Rt. Br., 12½ Ob., Septbr.-Oktbr. 12½ a 12½ Rt. bez. u. Br., 12½ Ob.
Seindl loco 13 Rt. Br., Lieferung p. April-Mai 12½ Rt. Br.
Spiritus loco ohne Faß 17 a 17½ Rt. bez., März 17½ Rt. bez., Br. u. Ob., März-April 17½ Rt. bez., Br. u. Ob., April-Mai 17½ a 17½ Rt. bez. u. Ob., 18 Br., Mai-Juni 18½ a 18½ Rt. bez. u. Ob., 18½ Br., Juni-Juli 19 Rt. Br., 18½ Ob., Juli-August 19½ a 19½ Rt. bez. u. Br., 19½ Ob. (B. u. S. Z.)
Stettin, 16. März. Thaumetter. Wind: SW. Temperatur + 5° Rt.
Weizen unverändert, loco gelb. p. 90 Pfd. nach Qual. 53—59½ Rt. bez., 89—90 Pfd. gelber p. Frühjahr 60½ Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 61½ Rt. Br.
Woggen etwas feiner, loco p. 82 Pfd. 33½ Rt. bez., 82 Pfd. p. Frühjahr 34 Rt. bez., p. Mai-Juni 34, 34½ Rt. bez. u. Ob., p. Juni-Juli 35½ Rt. bez. u. Ob.
Gerste, loco Oberbruch. p. 75 Pfd. p. Konnoissement 37 Rt. bez., 74—75 Pfd. neue schle. p. Frühjahr 35½ Rt. bez., 35 Rt. Ob.

Hafer p. Frühjahr 50—52 Pfd. mit Ausschlag bei poln. und preuß. 28½ Rt. bez.
Erbsen kleine Koch- 57 a 60 Rt. bez.
Heutiger Landmarkt:
Weizen Woggen Gerste Hafer Erbsen.
58 a 60. 34 a 37. 30 a 34. 26 a 28. 56 a 60.
Heu p. Ctr. 15 a 22½ Sgr.
Stroh p. Schock 8 a 9½ Rt.
Rübel matt, loco 11½ Rt. bez., 11½ Rt. Br., April-Mai 11½ Rt. Br. u. Ob., p. Septbr.-Oktbr. 12½ Rt. Br., 12½ Rt. Ob.
Spiritus behauptet, loco ohne Faß 21½, ½ bez., p. März 21½ a 21½ Rt. bez., 21½ Br., p. Frühjahr 20½ a 20½ Rt. bez., 20½ Br., p. Mai-Juni 20½ a 20½ Rt. bez., p. Juni-Juli 19½ a 19½ Rt. bez., Br. u. Ob. (Ostsee-Z.)

Breslau, 17. März. Das Thaumetter hält an, heute Nacht hatten wir Regen, Temperatur + 4°. Wir notiren: weissen Weizen 62—64 Sgr., gelben 60—62 Sgr.
Woggen 39—40 Sgr.
Gerste 35—37 Sgr.
Hafer 28—30 Sgr.
Erbsen 54—57 Sgr., feinste 61—63 Sgr.
Weiden 52—55 Sgr.—60 Sgr.
Delsaaten geschäftlos.
Schlagensaat. Wir notiren 5—5½—6 Rt.
Kleeamen. Wir notiren: weiß 15—16½—17½—18 Rt., roth 11—11½—12½—13½ Rt.
Rübel loco und März 12½ Rt. Ob., März-April 12½ Rt. Br., April-Mai 12½ Rt. Br., Septbr.-Oktbr. 12½ Rt. Br.
Von Zink wurden gestern begeben 1000 Ctr. W. H. und D. H. loco Oberschlesische Eisenbahn zu 7 Rt. 22 Sgr.
Kartoffelspiritus pro Cimer a 60 Quart zu 8½ Tralles den 17. März: 6½ Rt. Ob.

Preise der Cerealien.			
Breslau, den 17. März 1858.			
	feine,	mittel,	ord. Waare
Weisser Weizen . . .	62—67	60	55—58 Sgr.
Gelber do.	64—66	61	55—58
Woggen	41—42	40	38—39
Gerste	36—38	35	33—34
Hafer	32—34	31	29—30
Erbsen	60—64	56	50—54
(Br. Hbbl.)			

Wollberichte.

Wien, 15. März. Die Berichte über diesen Artikel lauten von allen Stapelplätzen der Monarchie gleich ungünstig und der jetzige Wollmarkt hat keine Veränderung herbeigeführt, obwohl es nicht an Bemühungen fehlte, einige Bewegung herbeizuführen. Auch hier blieb das Geschäft starr und leblos, und die wenigen Umsätze lagender Wollen verdienen kaum der Erwähnung. Es mögen im Laufe voriger Woche im Ganzen 150 Ctr. theils Einschnuren, theils Sammtwollen, in den Preisen von 110—135 fl. verkauft worden sein. Die Käufer waren ein hiesiges Haus für Schweizer Kommission, ein Neidenberger und ein Brünner Fabrikant. Noch weniger wurde in Kontrakten gemacht, da die Spekulation durchaus nicht sich auf die Forderungen der Dekonomie beschränken will. Die alten Lager sind keineswegs derart gelichtet, um für neuen Vorrath sorgen zu müssen, und der Abgang der Fabrikate läßt sogar befürchten, daß die Konsumenten noch längere Zeit keine Anschaffungen bedürftigen. Auf unsere Bemerkung über den gelben Widerspruch im Geschäftsgang und Preisstand der Wolle in Pesth und Prag giebt der Wollhändler folgende sachkundige Aufklärung: Im August des vorigen Jahres erreichten Mittel- und ordinäre Wollen enorme Preise, so daß z. B. Zweifelschur mit 105—118 fl., Sandwollen-Einschnur a 105—125 fl. verkauft wurden; in ähnlichem Verhältnisse wurden im September die Sommerwollen eingelöst. Die im Monat Januar 1858 sich immer trüber gestaltende Konjunktur brachte die Preise der Mittel-, ordinären und ganz besonders der feinsten Wollen so herab, daß auch hier 30—35 fl. Verlust nicht zu den Seltenheiten gehörte, ja daß in Fällen, wo Kauf und Verkauf die beiden Extreme berührten, selbst Verluste zu 4 fl. p. Ctr. vorkamen, daß aber ferner Preisdifferenzen für die gleichen Wollgattungen bis zu 5 fl. p. Ctr. zur halben Zeit in so außerordentlichen Konjunkturen ebenfalls ihre Erklärung finden. Demnach ist es nicht minder wahr, daß zu Anfang des Marktes um mehrere Gulden theurer, als am Neujahrsmarkte verkauft worden ist.

Fonds- u. Aktien-Börse.	
Berlin, 17. März 1858.	
Eisenbahn-Aktion.	
Aachen-Düsseldorf	3½ 82 G
Aachen-Mastricht	4 45½ bz
Amsterd.-Rotterdam	4 66½ bz
Berg.-Märkische	4 77½ B
Berlin-Anhalt	4 118½-18 bz
Berlin-Hamburg	4 106 bz
Berlin-Potsd.-Magd.	4 134½ G
Berlin-Stettin	4 115 G
Brsl.-Schw.-Freib.	4 104 B
do. neueste	4 101½ G
Brieg-Neisse	4 66 G
Cöln-Crefeld	4 —
Cöln-Mindener	3½ 144½ bz
Cos.Oderb.(Wilh.)	4 56 bz
do. Stamm-Pr.	4 —
do. do.	5 —
Elisabethbahn	5 —
Löbau-Zittau	4 —
Ludwigsh.-Bexb.	4 142 B
Magd.-Halberstadt	4 —
Magdeb.-Wittenb.	4 35 bz
Mainz-Ludwigsh.	4 92 B
Mecklenburger	4 49½ bz
Niedersch.-Märk.	4 91½ bz
Niedersch.-Zweigb.	4 —
do. Stamm-Pr.	5 —
Nordb. (Fr. Wilh.)	4 54½ bz u G
Oberschl. Litt. A.	3½ 135½-36 bz
und Litt. C.	3½ 125½ bz
do. Litt. B.	3½ 125½ bz

Oestr.-Fr. Staatsb.	5 191-95 bz u B
Oppeln-Tarnowitz	4 63½-4½ bz u B
Prz. Wilh. (St.-V.)	4 —
Rheinische, alte	4 93 G
do. neue	4 90 B
do. neueste	5 87 bz u G
do. Stamm-Pr.	4 96 G
Rhein-Nahabahn	4 75 B
Ruhrort-Crefeld	3½ 90 bz
Stargard-Posen	3½ 92½ G
Thessbahn	5 —
Thüringer (30%)	4 119½ bz
Prioritäts-Obligationen.	
Aachen-Düsseldorf	4 86 B
do. 2. Em.	4 86 B
do. 3. Em.	4 93½ G
Aachen-Mastricht	5 —
do. 2. Em.	4 101½ bz
Berg.-Märkische	5 101½ bz
do. 2. Ser.	5 101½ bz
do. 3. S. 3½ g. (R. S.)	3½ 76 bz
do. Düssld.-Elberf.	4 —
do. 2. Em.	5 101½ G
do. 3. S. (D.-Soest)	4 —
Berlin-Anhalt	4 92½ G
do.	4 96½ bz
Berlin-Hamburg	4 102½ G
do. 2. Em.	4 —
Berlin-P.-M. A. B.	4 90½ B
do. Litt. C.	4 93½ bz
do. Litt. D.	4 97½ bz
Berlin-Stettin	4 —
Cöln-Crefeld	4 —
Prousa. Fonds.	
Freiwillige Anleihe	4½ 100½ bz
Staats-Anl. v. 1850	4½ 100½ bz
do. 1852	4½ 100½ bz

Staats-Anl. v. 1853	4 95½ bz
do. 1854	4 100½ bz
do. 1855	4 100½ bz
do. 1856	4 100½ bz
do. 1857	4 100½ bz
55r Präm.-St.-Anl.	3½ 113½ bz
Staats-Schuldsch.	3½ 84½ bz
Kur.-u. N. Schuld.	3½ 81½ G
Berl. Stadt-Oblig.	4 100½ G
do.	3½ 83
Kur.-u. Neum.	3½ 85½ bz
Ostpreuss.	3½ 83½ bz
Pommersche	3½ 84½ bz
Posensche	4 98½ G
do.	3½ 85½ G
Schlesische	3½ —
v. Staatgar. B.	3½ —
Westpreuss.	3½ 82 bz
do.	4 92 B
Kur.-u. Neum.	4 92 bz
Pommersche	4 91½ G
Posensche	4 90½ G
Preussische	4 90½ bz
Rhein.u. westph.	4 —
Sächsische	4 93½ B
Schlesische	4 93 bz
Ausländische Fonds.	
Oestr. Metalliques	5 79 bz
do. National-Anl.	5 81½-2 bz u G
do. 250fl. Präm.-O.	4 104½ B
5. Stieglitz-Anl.	5 102½ G
6. do.	5 105½ bz u G
Engl. Anleihe	5 108½ bz
Poln. Schatz-O.	4 83½ G

Cert. A. 300 Fl.	5 92½ B
do. B. 200 Fl.	4 21 G
Pfdrbr.in Silb.R.	4 89½ bz
Part.-Ob. 500fl.	4 85½ B
Poln. Bankbill.	— 89½ bz u G
Hamb. Pr. 100 BM.	— 72½ G
Kurh. 40 Thr. Loose	— 41 bz u G
neue Baden. 35fl.	— 29½ B
Bank- und Credit-Aktien und Antheilscheine.	
Berl. Kassenverein	4 122 B
do. Handelsgesell.	4 85 B
Braunschw. Bank A.	4 107 B
Bremer Bankaktien	4 103½ bz
Coburg. Credit-d.	4 70½ G
Danziger Priv. do.	4 88 B
Darmstädter abgt.	4 99-98½-99 bz
do. Ber.-Sch.	—
do. Zettel-d.	4 90 G [-½ bz]
Dessau. Credit-d.	4 960½ bz v 53½
Disk.-Comm.-Ant.	4 103½ bz
do. Cons.-Sch.	— 103½ bz
Genfer Creditb.-A.	4 58½-59 bz
Geraer Bank-A.	4 82½ G
Gothaer Priv.-do.	4 84½ B
Hannoversche do.	— 99 bz u G
Leipzig. Credit-d.	4 75½ bz
Luxemburger do.	4 88 bz
Meining. Cred.-do.	4 87½-88½ ½ bz
Moldauer Land.-do.	4 20½ 81½ bz
Norddeutsche do.	4 81½ G
Oestr. Credit-d.	5 125½-26½-26bz
Pomm. Ritter.-do.	4 122 B
Posener Prov. do.	4 88 etw bz
Pr. Bankanth.-Sch.	4 138 bz u G
Gold und Papiergegeld.	
Friedrichsd'or	— 113½ bz
Lond'or	— 109½ G
Gold al. m. in Imp.	— 213½ B
K. Sächs. Kass.-A.	— 99½ bz
Fremde Banknoten	— 98½ B
Fremde kleine	—
Wechsel-Course vom 16. März.	
Amsterd. 250fl. kurz	— 142½ bz
do. do. 2 M.	— 142½ bz
Hamb. 300 M. kurz	— 151½ G
do. do. 2 M.	— 151 bz
London 1 Lstr. 3 M.	— 6. 19½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	— 79½ bz
Wien 20 fl. 2 M.	— 96 bz
Augsb. 150fl. 2 M.	— 102 G
Leipzig 100 Thr. 8 T.	— 99½ G
do. do. 2 M.	— 99½ G
Frankf. 100 fl. 2 M.	— 56. 22 bz
Petersb. 100R. 3 W.	— 99½ bz
Industrie-Aktion.	
Contin.-Gas-Akt.	— 98½ bz u G
Minerva	— 79 B
Magdeb. Feuervers.	— 225 G
Concordia, Leb.-V.	— 108½ G

Die Börse blieb heute fest, das Geschäft erweiterte sich und die Umsätze erreichten einen namhaften Belang. Der Verkehr kommentirte sich überwiegend in Bank- und Creditaktien. Von Eisenbahnaktien waren Oest. Staatsbahn etwas belebter. Preuss. Anleihen waren angeboten. Ausländische Fonds waren höher.
Breslau, 17. März. Course ohne Veränderung, jedoch matt, da jede Anregung der Spekulation fehlt und der unbedeutende Verkehr nur durch den Bedarf an Waare oder Geld bestimmt wird.